Ausgabe Nr. 1/1980 . DM 2,–

wir selbst

Zeitschrift für Nationale Identität



NACHBARSCHAFTSIDEE – ARTUR MAHRAUN
BEFREIUNGSKAMPF IN NICARAGUA
DIE FRONTEN BRECHEN AUF
QUO VADIS DGB?

Grüne Einheit

Kommentar zum Gründungskongreß der Grünen in Karlsruhe

Nun gibt es sie auch als Partei im neuen Stil - die Grünen -, obwohl die Geburt recht schwierig war, aber es ist ja auch bei der Geburt von Sechslingen schwieriger, als bei der Geburt eines einzigen Kindes. Die Parteitagsszene war bunt und antibürgerlich, so ganz nach dem Selbstverständnis der alternativen Szene, Krawatte und Anzug waren verpönt, man lief lieber mit nordischem Pullover und Jeans, mit Latzhose oder im Bayernlook. Kinderbefreiungsfront, homosexuelle Gruppen, Frauengruppen, Naturheilkundler etc. waren ebenfalls vertreten und prägten das Bild des Parteitages mit.

Schwierig war, was im Grunde ganz einfach zu lösen gewesen wäre, die Doppelmitgliedschaft bei den GRÜNEN und anderen Gruppierungen, welche Parteien sind. AUD,KPD und andere Parteien, deren Mitglieder gerne auch bei den Grünen wären, wollten ihre Mitgliedschaft in ihrer früheren Partei sich erhalten. Aber - so muß man sich fragen, bestehen heier nicht Konfliktsituationen, wenn beide Gruppierungen zu Wahlen antreten wollen. Oder wurde dieser Circus nur aus falsch verstandener Interessenpolitik betrieben. Der baden-würtenbergische Landesvorsitzende Hasenclever warnte schon im Hinblick auf die Landtagswahl in Baden-Würtemberg. Auch wenn wir der Meinung sind, daß die Grünen etwas weniger Prozent-Mentalität zeigen sollten, so hat doch dieser Parteitag, wie auch das Echo zeigt, nicht den positivsten Eindruck hinterlassen. Der dumme Streit um Satzungsparagraphen, insbesondere um die Doppelmitgliedschaft zeigen, daß die Berührungsängste, insbesondere zwischen Wertkonservativen und Nur-Ökologen auf der einen und ökologischen Sozialisten mit ihrer ganzen Bandbreite und 'nonkonformen Kommunisten' auf der anderen Seite sehr groß sind.

Unser Vorschlag wäre, daß es bei allen konstruktiven Kräften (wobei der Kommunistische Bund ausdrücklich ausgenommen werden muß) nicht schaden würde, wenn es neben den Grünen als Partei, eben Nichtparteigruppierungen geben würde, deren Mitglieder in den Grünen sind, ob KPDler und AUDler (die ihren Parteistatus aufgeben müßten), Solidaristen, Frei-Soziale usw., denn dies würde nur die basisdemokratische Vielfalt der Grünen gegenüber den etablierten Parteien dokumentieren.

Also laßt uns in den Grünen gemeinsam und ohne Scheu zusammenarbeiten, egal in welcher politischen Gruppierung wir stehen mögen (oder ob wir in keiner sind), wesentlich ist, daß unsere Wahlformation die GRÜNEN sind, nicht aus Prozent-Mentalität, sondern aus der Überzeugung, daß hier die Formation steht, die das verkrustete Parteiensystem aufbricht und Alternativen zum bestehenden anbietet, sowohl, was die ökologischen, sozialen, demokratischen, nationalen und kulturellen Fragen angeht

In diesem Sinne:

EINHEIT IN VIELFALT

wir selbst

Zeitschrift für Nationale Identität

Wir wollen die Neuschaffung eines unabhängigen, geeinten Deutschlands in einem Europa freier Völker und kämpfen für den weltweiten Befreiungsnationalismus. Die Redakteure der Zeitschrift „wir selbst" haben sich aus unterschiedlichen politischen Gruppierungen zusammengefunden, um folgende Einzelforderungen in einen Gesamtzusammenhang zu stellen:

- **Ethnopluralismus**
- **ökologische Lebensgestaltung**
- **humaner Sozialismus**
- **dezentrale Wirtschaftsordnung**
- **kulturelle Erneuerung**
- **Basisdemokratie**

IMPRESSUM

WIR SELBST – Zeitschrift für Nationale Identität
erscheint zweimonatlich
Einzelpreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 14,40
verantwortlicher Redakteur: Siegfried Bublies
Redaktionsmitglieder: Klaus Linde, Linus Torfhaus, Ralf Laubenheimer, Beate Neuberger, Walter Hohenstein, Gerd Letre'
Verlagsanschrift: WIR SELBST, Postfach 168, 5400 Koblenz 1, Druck: Eigendruck
Bankverbindung: Postscheckamt Ludwigshafen
Kto. Nr. 153981-679 (S.Bublies für WIR SELBST)
nächstes Erscheinungsdatum: 1.April 1980
Titelbild: Erich Andres; die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des A.Knaus–Verlags



Kurznachrichten

Bad Kreuznach: Der Landesverband der GRÜNEN in Rheinland-Pfalz sprach sich für eine Unterstützung der Initiativen für den Stromzahlungsboykott aus. 10% der Stromrechnung sollen einbehalten werden und auf ein Sonderkonto eingezahlt werden. Ferner übten die rheinland-pfälzischen GRÜNEN Kritik an Zusätzen in der H-Milch und sprachen sich für eine Förderung der Vorzugsmilchbetriebe in der Landwirtschaft aus.

Stuttgart: In Stuttgart sprach sich der Auslandsbeauftragte der Bundesregierung Kühn gegen die Wahrung der nationalen Identität von Gastarbeitern aus. Ich will keine Koranschulen, an denen eine Khomeiny- Ideologie gelehrt wird, rief Kühn vor anwesenden der deutschen Industrie und Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche aus.

München: Bei einem Brandanschlag auf das Büro der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft Aeroflot in München ist erheblicher Sachschaden entstanden. Die Feuerwehr bezifferte den Schaden auf 300 000 DM. Die Polizei vermutet, daß der Anschlag von Exil-Ukrainern verübt wurde.

Bonn: Der Anteil der Arbeiterkinder unter den Studenten in den ersten beiden Semestern hat abgenommen, wie die neueste mit finanzieller Förderung des Bundesministers für Wissenschaft im Sommersemester 1979 durchgeführte Sozialerhebung bei 22000 Studenten ergab. Als alarmierend bezeichnete der Präsident des deutschen Studentenwerks Gerald Grünwald diese Entwicklung.

Düsseldorf: Abordnungen der zehn nordrhein–westfälischen Frauenhäuser appellierten mit einer Protestaktion im Düsseldorfer Landtag an Arbeitsminister Farthmann(SPD), die aus finanziellen Gründen drohende Schließung der Zufluchtsstätten zu verhindern. In Sprechchören forderten die Frauen den Minister auf, ihnen die Möglichkeit zu geben, die autonom geführten Häuser zu erhalten. Nach den Worten ihrer Sprecherin wendet sich die haft gegen jegliche staatliche Kontrolle ihrer Tätigkeit. " Wir können uns nicht damit abfinden, der Verstaatlichung von Zufluchtstätten für Frauen in Not Vorschub zu leisten, indem wir verpflichtet werden, Datenmaterial über unsere Schützlinge preiszugeben", sagte Karin Vogel.

INHALTSÜBERSICHT

ZUM TODE RUDI DUTSCHKES

Als wir am 1.Dezember 1979 die Nummer 1 unserer neugegründeten Zeitschrift herausgaben, setzten wir Rudi Dutschkes Bild mit der Unterschrift „Rudi Dutschke – die Entfremdung überwinden" auf die Titelseite. Dies kam einer politisch-programmatischen Willenserklärung gleich, denn wie kein anderer verstand es Rudi, politische Gesamtperspektiven aufzuzeigen, die soziale, ökologische und nationale Frage in einem intellektuellen Zusammenhang darzustellen und überdies die Flamme der Begeisterung für den Aufstand gegen die altbürgerliche Privilegien-Ordnung zu entfachen.



Drei Wochen später, am 24.Dezember starb Rudi Dutschke an den Folgen eines 1968 auf ihn verübten Attentats. Wir waren erschüttert. Eine Hoffnung zerbrach.

Rudi Dutschke wurde am 7.März 1940 in der Mark Brandenburg geboren. Als Schüler war er in der DDR engagiertes Mitglied der evangelischen „Jungen Gemeinde". Zum Studium wurde er nach seinem Abitur nicht zugelassen, weil er den Wehrdienst verweigerte. Er wiederholte in Berlin (West) das Abitur und kehrte nach dem Bau der Mauer nicht wieder nach Hause zurück. 1961 nahm er ein Soziologiestudium an der Freien Universität auf.

Rudi Dutschke war ein utopischer, radikaldemokratischer Sozialist, der den „real existierenden Sozialismus" in der DDR aus eigener Anschauung kannte und nur Verachtung für ihn empfinden konnte. Sozialismus, darunter verstand Rudi nicht Staatskollektivismus, sondern Selbstbefreiung des Menschen von den repressiven Strukturen des Staates. In den 60-er Jahren bemühte sich Rudi, den antiautoritären Kampf aus der Universität in die BRD-Gesellschaft zu tragen. Der Name Dutschke wurde zu einem Synonym für Studentenprotest, außerparlamentarische Opposition und Bürgerschreck. 1967 propagierte er den „langen Marsch durch die Institutionen". Ein Aufruf, der den Tagesaktionismus der Studentenrevolte überleiten sollte in eine langfristige, evolutionäre Veränderung der bundesdeutschen Gesellschaftsordnung. Viele, die damals den Weg antraten, haben sich von den süßlichen Verlockungen der liberalen Bürgerbehäbigkeit einlullen lassen. Systemkritik alleine reicht eben nicht aus. Zum Tode von Rudi Dutschke schrieb die linksgerichtete französische Zeitung „Le Matin" am 26.12.79: „Dutschke lebte in einer Epoche, wo Deutschlands Jugend nein sagte: nein zu einer mittelalterlichen Erziehung, nein zur Ausbeutung der Dritten Welt, nein zur Amerikanisierung der Bundesrepublik, aber auch nein zu der Sowjetisierung der DDR." Rudi wußte, daß die Motivation für den „langen Marsch durch die Institutionen" nicht aus purer Verneinung erwachsen kann, deshalb suchte er nach neuen, positiven Identifikationswerten, mit denen die durch den systemkritischen Dauerbeschuß aufgerissenen geistigen Löcher gestopft werden könnten.

Aus der Verneinung der Amerikanisierung der Bundesrepublik und der Sowjetisierung der DDR ergab sich für Rudi als einzig denkbare positive Schlußfolgerung die Forderung nach Neuvereinigung des deutschen Volkes zu einer sozialistischen Republik, frei von jeder hegemonialen Unterdrückung. Der deutsche Weg zum Sozialismus kann nur in einem ungeteilten Land verwirklicht werden. Die Alte Linke tobte. Für sie war der Versuch, die verkrusteten Denkstrukturen aufzubrechen reine Ketzerei. Die Marxistische Studenten Zeitung verstieg sich sogar zu der Behauptung, Rudi gehöre in die reaktionäre Ecke, denn schließlich habe er bereits anläßlich seiner Abitursfeier eine flammende Rede für die Neuvereinigung Deutschlands auf humanistischer Grundlage gehalten und auch später nichts dazugelernt. Eine eigenartige Logik – wer für die Überwindung des

status quo eintritt ist ein Reaktionär, wer die Spaltung Deutschlands durch Mauer und Minengürtel befürwortet, steht auf der Seite des Fortschritts. Es ist hauptsächlich Rudi Dutschke zu verdanken, daß diese Perversion des Denkens im Lager der undogmatischen Linken als solche erkannt wurde. Rudi wollte die nationale Frage im linken Bereich enttabuisieren. Die Frankfurter Rundschau schreibt dazu (27.12.79): „Bisweilen drohte er dabei zwischen die Fronten zu geraten, sehr spürbar heimatlos zu werden und an Resonanz einzubüßen. Ein deutscher, mitunter geradezu schwärmerisch vaterländischer Sozialist kam da zum Vorschein, dem die nationale Frage „als Schlüssel" am Herzen lag."

WER DEUTSCHLAND SPALTET, SPALTET DIE DEUTSCHE ARBEITERSCHAFT

Rudi Dutschke

Die Entspannungspolitik der SPD-Regierung brandmarkte Rudi als Verrat an der Opposition in der DDR und Osteuropa: „Ist die Entspannungspolitik unfähig, sich einer offenen Diskussion zu stellen, sich mit einer Opposition in Osteuropa zurechtzufinden? Oder ist das Herauskaufen zum Prinzip der Entspannung geworden?" Immer wieder nahm Rudi an Veranstaltungen teil, die das Ziel hatten, auf den Kampf oppositioneller Gruppen und Einzelpersonen im sowjetimperialistischen Machtbereich hinzuweisen. Er machte dabei keinen Unterschied zwischen verfolgten Sozialisten, Christen oder Nationalisten, seine Solidarität galt allen, deren Menschenwürde mit Stiefeln in den Dreck getreten wird.

VON DER ELBE BIS SIBIRIEN IST ALLES REAL – BLOSS NICHT DER SOZIALISMUS

Rudi Dutschke

Der Übergang zu neuem Mut, zur neuen Hoffnung, zur inhaltlichen Bestimmung der „konkreten Utopie" des Sozialismus war nach Rudis Auffassung der erste Schritt zur Überwindung der Systeme von Privat- und Staatskapitalismus. Rudi erstrebte eine tolerante Gesellschaft ohne Repressionen, ohne Krieg und Elend, sein Ziel war somit eine Utopie. Wir sind jedoch mit Rudi der Meinung, daß eine humanere Ordnung nur geschaffen werden kann, wenn immer wieder der Versuch unternommen wird, die scheinbar unmöglichsten Visionen von einem besseren und gerechteren Zusammenleben der Menschen zu realisieren, die Utopie zu konkretisieren.

Der kompromißlose Kampf Rudis für die Durchsetzung der Menschenrechte in Ost und West, in Chile und Vietnam, in der Sowjetunion und Kambodscha, in China und im geteilten Deutschland geben ein beredtes Zeugnis seiner Glaubwürdigkeit als Mensch und Politiker.

Das Engagement Rudis bei den Grünen erzeugte bei uns große Hoffnung, denn Rudi setzte auf die Gemeinsamkeit aller ökologisch motivierten Bürger – im Gegensatz zu vielen Spaltern und Gruppenegoisten in der grünen Bewegung.

Rudis Vision auf dem Offenbacher Kongreß: „Die Spaltung zwischen Arbeiterinteressen und ökologischer Bewegung wird nicht von Ewigkeit sein", und das Aufwerfen der nationalen Frage zur gleichen Zeit zeigt, daß sich hier eine neue politische Dimension herausgebildet hat, eine Alternative zu dem Privat- und Staatskapitalismus in West und Ost, eine Alternative, die mit dem Tod Rudi Dutschkes nicht auch gestorben sein darf. Es ist eine der selbstgestellten Aufgaben dieser Zeitschrift, diese Alternative weiterleben zu lassen.

Die Lücke, die Rudi in der grünen Bewegung hinterläßt, könnte leicht von seinem ideologischen Gegenspieler, Rudolf Bahro, genutzt werden, seinen Einfluß bei den „Grünen" stärker als ehedem auszudehnen. Der stark „orthodoxmarxistisch" geprägte Bahro kritisiert lediglich das DDR-Regime, während Rudi das DDR-System als überholt und menschenfeindlich einstufte. Uns fällt die Entscheidung für Rudis Systemüberwindung und gegen die blaße Regimekritik Bahros nicht schwer.

Der „lange Marsch", zu dem Rudi uns 1967 aufrief, ist noch nicht zu Ende. Der antiautoritären Bewußtwerdeung der 60-er Jahre folgte in den 70-er Jahren ein neues Ökologiebewußtsein. Beide Bewegungen wurden von Rudi Dutschke maßgeblich beeinflußt. Das, was Rudi unter nationaler Frage verstand, ist eines der großen ungelösten Probleme der deutschen Emanzipation und wird zu einer der wichtigsten Aufgaben der Zukunft werden.

Wir danken Rudi Dutschke, denn wir haben viel von ihm gelernt.

Die Redaktion

RUSSISCHE OKKUPATIONSMACHT RAUS AUS AFGHANISTAN

Sowjetische Truppen patroulieren seit Donnerstag, dem 27.Dez. 1979 offiziell in Kabul und anderen Ortschaften Afghanistans. Nach offiziellen Angaben der Regierung sind in den letzten neunzehn Monaten seit der Machtübernahme der moskautreuen Regierung 12000 Menschen in Afghanistan ermordet worden. In dieser Version der Regierung sind nicht die unzähligen spurlos verschwundenen und zum großen Teil Ermordeten einbezogen.



Russen vor Kabul

Mehr als 100000 Afghanen sind seit eineinhalb Jahren Opfer der Agressionspolitik der Sowjetunion geworden. Der sowjetische Sozial-Imperialismus betreibt so brutal die Angliederung Afganistans, um sich den lang angestrebten Zugang zum arabischen Meer endgültig zu sichern aus wirtschaftlichen und strategischen Interessen.

Nicht nur russische Militärberater und Offiziere, sondern auch über 65 000 russische Soldaten sind inzwischen im Lande und vor allem in der Umgebung von Kabul stationiert. Städte und Dörfer werden ständig bombadiert, um den Widerstand der Bevölkerung zu brechen. Es gibt ganze Landstriche, in denen alles Leben ausgerottet worden ist. Mehr als 350 000 Menschen sind in die Berge nach Pakistan und Iran geflüchtet. 80 000 Afghanen sitzen in den schlimmsten Gefängnissen unserer Zeit und werden dort Folterungen grausamster Art ausgesetzt (laut amnesty international). Es herrscht nächtliche Ausgangssperre, Versammlungsverbot, totale Pressezensur und Ausreiseverbot. Afghanen dürfen nicht auf die Dächer ihrer Häuser steigen, die normaler Weise zum alltäglichen Lebensraum gehören, sich nicht auf Straßenkreuzungen aufhalten. Wer von seinem Wohnort in eine andere Stadt innerhalb des Landes reisen will, braucht eine Genehmigung von der Polizei und muß angeben, wohin er will, warum und wie lange. Außerdem erschweren ständige Straßensperren und Durchsuchungen das Reisen.

Die katastrophale wirtschaftliche lage, hohe Arbeitslosigkeit und extreme Preissteigerungen, (z.B. Brot, das einzige Nahrungsmittel für den Großteil unseres Volkes, ist seit der Machtübernahme zwei bis dreimal teurer geworden) vervollständigen das Bild der elenden Situation, in der sich das afghanische Volk befindet.

Die Weltöffentlichkeit, vor allem die westliche Welt, wollte die Grausamkeiten der russischen Okkupationsmacht am afghanischen Volk nicht wahrhaben. Obwohl schon vorher bekannt gewesen war, daß die Russen in diesem Land am Werk sind, findet Afghanistan erst jetzt auf Grund der Verluste westlicher Unternehmen im Iran in der Weltöffentlichkeit verstärkte Beachtung.

Das afghanische Volk hat nie aufgehört, gegen die Agressionspolitik der Sowjetrussen Widerstand zu leisten. Das Volk kämpft in allen Provinzen des Landes gegen das Gewaltregime, teilweise mit primitiven selbstgebastelten oder erbeuteten Waffen. Alle Landesgebiete werden ständig von russischen MIG-21 Flugzeugen bombadiert. Die regulären afghanischen Soldaten weigerten sich, gegen das eigene Volk zu kämpfen. Sie liefen als ganze Einheiten zu den Widerstandskämpfern über.



Breschnew und seine Genossen wußten, wie ernst jetzt die Lage für sie in Afghanistan geworden war. Sie nahmen die amerikanischen Kriegsschiffbewegungen am persischen Golf zum Anlaß weitere russische Truppen und Waffen nach Afghanistan zu schicken.

Das Ergebnis war der Staatsstreich, welcher durch die russische Armee in Kabul durchgeführt wurde und der Personenwechsel in der Staatsführung. Amin wurde durch Karmal ersetzt. Letzterer ist noch treuer der sowjetischen Linie ergeben als sein Vorgänger. Er wurde während seiner Exilzeit in Prag und Moskau, welche er erst zu diesem Zeitpunkt beendete, für diese Aufgabe von den Sowjets ausgebildet. Er wird mit Hilfe des russischen Sozialimperialismus noch mehr Grausamkeiten an unserem Volk begehen. Wir appelieren daher an diejenigen, welche die Menschenrechte achten und verteidigen, sich mit dem afghanischen Volk solidarisch zu erklären und gegen den Völkermord, der gegenwärtig in Afghanistan stattfindet, zu protestieren.

ES LEBE DER KAMPF DES AFGHANISCHEN VOLKES GEGEN DEN WELTIMPERIALISMUS UND DIE INNERE REAKTION!

NIEDER MIT DEM DESPOTISCHEN REGIME, HANDLANGER DES SOWJETISCHEN IMPERIALISMUS IN AFGHANISTAN!

NIEDER MIT DER RUSSISCHEN OKUPATIONSMACHT!

ES LEBE DER BEWAFFNETE KAMPF DER ISLAMISCHEN NATIONALISTEN GEGEN DEN RUSSISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Erklärung der Aktionsgemeinschaft der afghanischen Studenten und Afghanen in Westberlin

M. Moschref, Mollwitzstr. 4, 1000 Berlin 19

Gestern war das Volk
nackt und ohne sich zu wehren,
hungrig und ohne was zu essen,
heute erwacht es,
mit Recht ein zornentbranntes Meer,
grausam mit Recht.
Die Gewehre in ihren Händen
wollen alle Löwen werden,
um jene zu vernichten,
die so oft Bestien gewesen.

Wenn dir auch Waffen fehlen,
Volk mit hunderttausend Gaben,
deine Knochen werden nicht schwach sein,
strafen den, der dich so übel zugerichtet,
solange dir Fäuste bleiben,
Krallen, Speichel und du Herz
besitzt, Mark, Eingeweide,
Geschlecht und Zähne.
Mutig wie der mutige Wind,
leicht wie die leichte Luft,
töte den, der tötet,
zerstöre den, der den Frieden
deines Herzens zerstört
und den Leib deiner Frauen.
Sie sollen dich nicht in den Rücken treffen,
lebe Aug in Auge und stirb,
vor den Kugeln, die Brust breit wie eine Mauer.

Miguel Hernandez

Kurz notiert :

Heidelberg: In Heidelberg wurde kürzlich die Veröffentlichung des Buches 1999 - Das Vierte Atomreich bekanntgegeben. Im Vorwort schreibt Robert Jungk: „Ich wage eine Voraussage: In ein weit verbreitetes Unbehagen, das sich bei mehr und mehr Persönlichkeiten zu einem tiefen Unglücklichsein und bei einer beträchtlichen Minderheit sogar bis zur Verzweiflung steigern wird, einer Verzweiflung, die ganz genau jene‚Zwischenfälle' hervorrufen muß, wo der sich die Priester des tausendjährigen Atomreiches mit Recht fürchten". Das Buch beschäftigt sich mit den Auswirkungen des möglichen Atomstaates, also das, was uns erwartet, wenn wir dies nicht verhindern. (Erschienen im Musebrot-Verlag, Römerstr. 23, 6900 Heidelberg).

Hamburg: Entgegen den Protesten in weiten Teilen der Bevölkerung will der Hamburger Senat zugunsten einer größeren Einflugschneise des Flughafens Fuhlsbüttel 542 Bäume fällen lassen. Bürgerinitiativen und die Kirchengemeinde Niendorf auf deren Gelände ein Großteil der Bäume steht haben Widerstand angekündigt. Die zuständige Wirtschaftsbehörde ordnete aber gegenüber der Kirche bereits eine sofortige Vollziehung an.

Radio-Bild? NEIN DANKE!

Die erste Runde haben sie verloren, die Vorkämpfer eines privaten Fernsehens in Westdeutschland. Aufgeben werden sie deshalb nicht. Zu verlockend ist die Vorstellung, Millionen Zuschauer via Mattscheibe zu verdummen, endgültig reif zu machen für die Moral eines Strauß, eines Springer, eines Albrecht. ,,Zugeschnittene" Informationen, anregend verpackt in crime und sex, garniert mit Werbung; Radio Bild total. Die Mächtigen lassen ihre Meinung und ihre Produkte verkaufen, das nennt sich dann ,,Meinungsbildung" und ,,Konsumbewußtsein".



SPRINGER, SPRINGER, SPRINGER...
„Damit endlich mal etwas mehr Leben in das Spiel kommt!" *Die Quelle 12/79*

Ich will mich hier nicht zum Apologeten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens machen. Die Qualität der ARD- und ZDF-Produktionen entspricht ganz gewiß nicht dem Qualitätsbegriff der Nationalrevolutionäre und Nonkonformisten allgemein. Es sind systemimmanente Produktionen, und kritisches dient oftmals als Alibi für das Demokratieverständnis der Herrschenden. Aber wer gelernt hat, Zwischentöne zu hören, kann dort Materialien finden, analysieren und verwerten. Privatfernsehen hat keine Zwischentöne, dafür ist die Linie um so klarer. Man kann endlich wieder klar die Guten von den Bösen unterscheiden. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier, er wird auch das Privarfernsehen schlucken, wenn man ihm nur lange genug eintrichtert, wie schön das ist. Böse ist die Welt des Alltags, dann sollen doch wenigstens abends nach der Maloche viele, viele bunte Smarties aus der Flimmerkiste kommen.

Um es klar zu sagen: Privatfernsehen verdummt die Menschen, macht sie zu willenlosen Konsumenten einer menschenfeindlichen kapitalistischen Ideologie, deren oberste Maxime es ist, künstliche Bedürfnisse zu wecken, entsprechende Waren zu produzieren, um diese Bedürfnisse (und den eigenen Geldbeutel natürlich) zu befriedigen. Der Mensch verkauft seine Arbeitskraft, damit produziert werden kann; der Mensch kauft von einem Teil des Geldes, das er für seine Arbeitskraft bekommt, einen Teil der Waren, die er, direkt oder indirekt, mitproduziert. Ein Kreislauf, zu dessem Propagandisten das Privatfernsehen werden würde. Privatfernsehen verkauft Quantität, es vermittelt aber keinerlei Qualität.

Die BRD ist die Inkarnation des Spätkapitalismus. Etwa 10 Menschen bzw. Familien verfügen über ca. 90 % des Eigentums an Produktionsmitteln. Das Fernsehen in Westdeutschland gehört ihnen (noch) nicht. Durch seine öffentlich-rechtliche Struktur entzieht es sich (bisher) dem Zugriff privatkapitalistischer Macht. Langfristig wird es in der BRD ein privates Fernsehsystem geben, da beißt die Maus keinen Faden ab. Der erste Vorstoß in diese Richtung ist an der entschiedenen Ablehnung der Beschäftigten in den öffentlich-rechtlichen Fernseh/Rundfunkanstalten gescheitert. Aber die Zeit arbeitet für Radio BILD. Auch die Nationalrevolutionäre werden das nicht verhindern können, aber sie können durch unermüdliche Propagierung ihrer Bedenken die wahren Gründe für das Wollen der Mächtigen im Bezug auf das Projekt Privatfernsehen transparent machen. Und wenn dadurch nur einige Menschen nachdenklich werden, ist schon viel erreicht.



HUMANER SOZIALISMUS — OTA ŠIK

DIE HAUPTGEDANKEN IN THESENFORM

WIR SELBST möchte in einer Reihe „ humaner Sozialismus" die bestehenden Alternativvorstellungen zu den Systemen des marktwirtschaftlichen Kapitalismus und des planwirtschaftlichen Kommunismus publizieren. Eines der bekanntesten Alternatimodelle wurde von Proffessor Ota Sik, dem ehemaligen tschechoslowakischen Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsident in der Regierung Dubcek entwickelt. Sik begann seine Arbeit an einem alternativen Modell zu den Systemen in Ost und West bereits in den 6Oer Jahren zu entwerfen, damals noch als Leiter der Wirtschaftsreformkommission der CSSR. Schon dort begann er die grundsätzliche Kritik am sowjetischen Gesellschaftssystem, welches der CSSR aufgepfropft wurde.



Ota Sik

Im Exil an der Wirtschaftshochschule in St. Gallen wurden seine vorhandenen Vorstellungen präziesiert, insbesondere auch die ERkenntnis, daß das kapitalistische marktwirtschaftliche System immer weniger den Anforderungen der künftigen gesellschaftlichen und menschlichen Anforderungen entspreche. Ota Sik tritt ein für einen DRITTEN WEG, für eine humane Wirtschaftsdemokratie und zwar aus folgender Erkenntnis heraus: Es gibt eine Möglichkeit einer weitgehenden Humanisierung und Demokratisierung der Wirtschaftsphäre, ohne den Verlust der erforderlichen Wirtschaftseffektivität. Diese kann sogar vertieft werden, wobei neu heranreifende menschliche Bedürfnisse und Interessen konsequenter beachtet und durchgesetzt werden können.

Ota Sik spricht betont von einer Systemreform und nicht von einer revolutionären Systemveränderung in demokratisch orientierten politischen Systemen. Dagegen wird eine revolutionäre Änderung in Ländern, in denen die Unterdrückung demokratischer Freiheiten keine andere Machtveränderung zuläßt befürwortet. Sik betont aber, daß sein Modell die freiwillige Unterstützung breitester Schichten und eine Erweiterung und Vertiefung der bisherigen pluralistischen demokratischen Formen voraussetzt.

Das kapitalistische marktwirtschaftliche und das kommunistische planwirtschaftliche System in ihrer herkömmlichen Form werden zu wachsenden Entwicklungsschwierigkeiten führen, die schwerwiegende und immer bedrohlichere Gefahren für die Menschen verursachen. Die Entwicklungsmängel beider Systeme sind zwar von unterschiedlichem Charakter, sie lassen sich beide aber durch zeitgemäßeres Wirtschaften unter humanisierenden und demokratisierenden Zielsetzungen überwinden.

Wenn das gelingt, kann daraus ein neues Wirtschaftssystem entstehen, das den gefährlichen Systemantagonismus zwischen Ost und West beseitigt.

Im kapitalistischen System gibt es eine zunehmende Wirtschaftsentfremdung der arbeitenden Bevölkerungsgruppen. Interessenbezogen, gewaltsam und zukunftsblind durchgesetzte Verteilungsprozesse des Volkseinkommens führen zu makroökonomischen zyklischen Störungen in Form von Wirtschaftskrisen und Inflationen, zu privater Überkonsumption bei öffentlicher Armut, zu nicht leistungsgerechten Einkommensbildungen. Massenarbeitslosigkeit, ungenügende Befriedigung der Bedürfnisse von Empfängern unterdurchschnittlicher Einkommen, konsumtive Verschwendungen, Umweltpervertierungen, wachsende Gefährdung der Lebensbedingungen, vertiefte Antagonismen zwischen Arm und Reich, Sür und Nord, sind die bedrohlichen Ergebnisse dieser Entwicköung.

Wegen dieser Mängel, die sich ideologisch ausnutzen lassen, ist das System latent durch kommunistische Umwalzungen bedroht, die keine Lösung bringen, sondern noch weit größere Wirtschaftsmängel und undemokratische

Unterdrückung der Bevölkerung. der Grundfehler der kommunistischen Ideologie besteht darin, die Rolle des Individuellen im Menschen, seiner Interessen, seiner Initiative und Aktivität für die Entwicklung der Unternehmen, der Wirtschaft, der Politik und der ganzen Gesellschaft zu ignorieren.

Im kommunistischen System drückt sich die praktische Verwirklichung dieser Ideologie in der Konzentration aller wesentlichen Entscheidungen über sämtliche Sphären der Gesellschaft bei den zentralen Organen und dem Apparat der kommunistischen Partei aus. In der Wirtschaft bedeutet dies die Liquidierung der Selbstständigkeit der Unternehmen, des Wettbewerbs zwischen ihnen, der Marktpreise und der marktgebundenen Einkommen, der positiven Wirkung des Marktmechanismus überhaupt. Eine totale Monopolisierung und Bürokratisierung mit beispiellosen Effektivitätsverlusten und wirtschaftlicher Rückständigkeit sind die Folgen.



sowjetische Panzer schützen die Planwirtschaft

Die Lösung des kapitalistischen Dilemmas und ein Vorbeugekonzept gegen kommunistische Entwicklungen ist vor allem in einer tiefgehenden Demokratisierung und Humanisierung der Wirtschaft, in der Überwindung des Gegensatzes zwischen Lohn- und Gewinninteressen, in einer Ausweitung der wirtschaftlichen Verantwortung durch Kapitalneutralisierung, in der Verbindung von Plan und Markt, in der Einführung einer demokratischen, alternativen Verteilungsplanung mit reguliertem Marktmechanismus zu sehen.

Neutralisierung des Kapitals bedeutet Überführung des sich ständig neubildenden Geld- und Produktivkapitals in ein unteilbares Vermögen der Unternehmenskollektive. Seine Verwaltung erfolgt durch Treuhänder, die vom jeweiligen Kollektiv der Mitarbeiter eines Unternehmens gewählt werden. Die großen Kapitalgesellschaften sollen sich allmählich zu Mitarbeitergesellschaften umwandeln, die allein auf neutralisiertem Kapital basieren. Die mittleren Unternehmen werden zu Mischgesellschaften umgestaltet, in denen privates und neutralisiertes Kapital verbunden wird. Die kleinen Unternehmen bleiben in privatem Eigentum.

Die Mitarbeiter sämtlicher Unternehmen werden an den Unternehmensgewinnen beteiligt. Die Gewinnbeteiligungsfonds sowie die Umwandlung von Gewinnanteilen in neutralisiertes Kapital werden durch geplante Verteilungsschlüssel für die gesamte Wirtschaft bestimmt. Mit diesem Verteilungsschlüssel werden indirekt auch die Gewinnanteile bestimmt, die als Unternehmernettogewinne weiter die private Unternehmeraktivität motivieren sollen. Gleichzeitig werden auf diesem Weg auch jene Gewinnanteile abgesichert, die für die Nettoinvestitionen benötigt werden.

Aufgrund des neutralisierten Kapitals entsteht in den Mitarbeitergesellschaften ein demokratisches Führungssystem mit dem Ziel einer Verbindung des erforderlichen Effektivitätsprinzips mit dem neuen Prinzip der Arbeitshumanisierung. Demokratisch gewählte Aufsichtsräte zur Einsetzung, Kontrolle und Abberufung des Managements und zur Bestimmung der langfristigen Wirtschaftspolitik des Unternehmens, laufende Information der Belegschaft, periodische Rechnungsabgabe des Aufsichtsrates, ein demokratischer Führungsstil und selbstverwaltete Arbeitsgruppen sollen eine erhöhte Arbeitszufriedenheit, Selbstverwirklichung und Identifizierung der Mitarbeiter mit ihrer Gesellschaft bewirken.

Der Gewinn muß Kriterium der Effektivitätsentwicklung bleiben, aber statt einer Gewinnmaximierung wird eine Gewinnoptimierung angestrebt. Der optimale Gewinn ist Ausdruck einer langfristigen, höchsten Effektivität bei kurzfristigen, demokratisch beschlossenen Gewinnverzichten zugunsten humaner Lösungen der Struktur- und Modernisierungsprobleme. Alle Humanlösungen müssen aber langfristig Effektivitätssteigerungen bringen, wenn nicht Einkommensverluste und ökonomische Unzufriedenheit anwachsen sollen.

Die langfristigen Ziele der volkswirtschaftlichen Entwicklung werden mit Hilfe von Makroverteilungsplänen bestimmt. Langzeitprogramme und mittelfristige Pläne bestimmen die Makrostruktur der angestrebten Entwicklung der Lebensqualität. Zu dieser gehört auch eine Bestimmung des Wachstumstempos mit der erforderlichen kontinuierlichen und harmonisierten Entwicklung von Investion und Konsumption. Die Lebens- und Gleichgewichtziele müssen mit planmäßig regulierten Verteilungsprozessen und Makrofinaleinkommen abgesichert

werden. Am wichtigsten ist die planmäßige Bestimmung von Lohnwachstum, Lohndifferenzen und Gewinnbeteilungsquoten. Die Planerfüllung wird mit euner geplanten Wirtschaftspolitik, Einkommens-, Fiskal-, Kredit-, und Währungspolitik erreicht.

Die Aufstellung der Pläne erfolgt mit Hilfe demokratisch zusammengesetzter Planungskommissionen. Es sollen zwei bis drei Alternativpläne ausgearbeitet werden, in denen sich wesentlich unterschiedliche Interessen und Zukunftsvorstellungen äußern. Die Planalternativen werden einer breiten Diskussion in der Gesellschaft unterworfen, und die Auswahl einer Planalternative geschieht in politischen Wahlen. Die Verbindung der Planauswahl mit politischen Wahlen einmal in vier oder fünf Jahren kann zur erforderlichen Versachlichung der Politik führen. Die Erfüllung des mehrheitlich gewählten Planes obliegt der Regierung bzw. ihrem Wirtschaftsrat.

Die konkrete Produktions- und Investitionsentwicklung in den Unternehmen wird durch den Marktmechanismus bestimmt. Zu den Hauptzielen der Wirtschaftspolitik gehört die Vervollkommnung des Marktmechanismus. Die Verstärkung der Markttranzparenz, die Vertiefung des Marktwettbewerbes und die konsequente Beschränkung monopolistischer Entwicklungen soll zu einer Beseitigung nicht leistungsgerechter Unternehmungseinkommen führen. Die Gewinnraten sämtlicher Branchen sollen tendenziell gleich sein. Abweichungen der Gewinnrate einzelner Unternehmen von der volkswirtschaftlichen Gewinnrate sollten nur Ergebnisse unterschiedlicher Marktleistungen sein. Monopolgewinne, die trotz antimonopolistischer Politik verbleiben, werden durch eine spezielle Monopolsteuer abgeschöpft.

Das reformierte System ermöglicht den arbeitenden Menschen aufgrung einer Verbindung ihres Eigeninteresses mit den gesellschaftlichen Interessen Leben und Zukunft planmäßig und demokratisch zu gestalten. Die Überwindung von Krisen Arbeitslosigkeit kann die Unsicherheit und Zukunftsangst der Menschen beseitigen helfen. Eine planmäßige Bestimmung des Wachstums der urbanistischen Entwicklung, neuer Transportlösungen, Umweltgestaltung, Bildungs- und Freizeitentwicklung kann eine wesentliche Änderung der Qualität des Lebens mit sich bringen. Die demokratische Mitentscheidung der Bevölkerung in der Mikro- und Makrosphäre der Wirtschaft, zusammen mit einer Versachlichung der Politik kann drohende Verbürokartisierungen der Gesellschaft vorbeugen.

Die Durchsetzung der Systemreform kann nur unter demokratischen Bedingungen mit Hilfe demokratischer Mehrheitsentscheide geschehen. Alle Ideolgien, die mit der Unmündigkeit des Volkes rechnen und auf der Entscheidungsgewalt von Machteliten aufgebaut sind, dienen im End-



Die Börse – Symbol des Kapitalismus

effekt der Erhaltung von Privilegien kleiner Machtgruppen und der Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten von den gesellschaftlichen Institutionen. Nur mit Hilfe wirklicher Demokratievertiefungen und einer gereiften Wirtschaftsdemokratisierung kann drohenden Umweltverpestungen Gesellschaftspervertierungen und anderen Katastrophen vorgebeugt, mithin eine humanere Gesellschaftsentwicklung gesichert werden.



Ota Sik's Hauptwerk ,, Humane Wirtschaftsdemokratie - ein dritter Weg" ist erschienen im Albrecht Knaus Verlag in Hamburg. Das Buch ist untergliedert in zehn Abschnitte und umfaßt ca. 800 Seiten. Im Schlußwort zu seinem Buch schreibt Ota Sik:,, Beim Schreiben dieses Buches hatte ich beständig einen Leserkreis vor Augen, der nicht nur aus ökonomisch geschulten Menschen besteht. Es geht mir darum, all jene Menschen anzusprechen, die politisch interessiert sind und eine Verantwortung für die Weiterentwicklung der Gesellschaft verspüren. Für die Lösung schwerwiegender ökonomischer Probleme wird die Einsicht und Aktivität auch von Nichtökonomen und überhaupt breiterer Bevölkerungsschichten erforderlich sein."

Nachbar-schaften

DOKUMENTATION ÜBER DIE NACHBAR-SCHAFTSIDEE ARTUR MAHRAUNS

Dem Parteienstaat eine Alternative entgegensetzen, das war und ist noch immer eines der großen Ziele der grünen Bewegung. Mit dem Bekenntnis zur Basisdemokratie widersetzt man sich den Machtprivilegien der Parteien und versucht, Demokratie wieder als eine Sache des Volkes zu verstehen.

Basisdemokratie kontra Parteienfilz und Funktionärsherrschaft. Der Grundsatz ist klar.

Aber wie soll die Basisdemokratie konkret aussehen, wie soll sie verwirklicht werden? Fragen, die noch nicht beantwortet, ja noch nicht einmal theoretisch erarbeitet wurden. Oder glaubt man, die Theoriediskussion um den Begriff und die Inhalte der Basisdemokratie dadurch umgehen zu können, indem man sich anschickt, die bundesdeutsche Parteienlandschaft um einen grünen Farbklecks zu bereichern. Wir beobachten diese Entwicklung mit Skepsis. Parteienstaat und Basisdemokratie, schließt das nicht einander aus?

Die Bewegung wird in einen grün lackierten Parteikäfig gesperrt und somit Teil des großen Systemkäfigs. Wer dieser ‚Käfig-Mentalität' nicht anhängt, wer nicht die Meinung vertritt, daß die Parteiendemokratie die einzig denkbare und einzig legitime Art des demokratischen Zusammenlebens ist, der sollte sich mit uns gemeinsam Gedanken über alternative demokratische Lebens- und Organisationsformen machen. Das Nachbarschaftsmodell Artur Mahrauns scheint uns nachdenkenswerte Ideen zu enthalten, die in die Basisdemokratie-Diskussion mit einbezogen werden sollten.
Die Idee der nachbarschaftlichen Gleiderung eines Volkes von Artur Mahraun ist für die Begriffswelt unserer Zeit etwas Neues, obwohl es Beziehungen zur geschichtlichen Vergangenheit des deutschen Volkes sowie anderer Völker, besonders in der Zeit der Antike , gibt.

≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋

Uns hilft kein Personenwechsel in den einzelnen Pfründen und Machtpositionen des Staates. Wir brauchen einen nationalen Strukturwandel, um die Demokratie zu einer SACHE DES VOLKES zu machen.

MAHRAU

≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋

Mahraun geht davon aus, daß Mißtrauen, Unzufriedenheit und Staatsverdrossenheit nicht durch bestimmte, zeitlich begrenzte Krisen des Staates oder der Wirtschaft bedingt sind, sondern grundsätzlich auf die fehlende Möglichkeit des politischen Mitwirkens durch den einzelnen Staatsbürger zurückzuführen sind. Er zeigt einen Weg, der der Mehrheit der Bürger die Möglichkeit zur Mitwirkung am politischen Geschehen eröffnet und dem Staat mit dem neuen Ordnungsprinzip der Nachbarschaften das bisher fehlende legitime Fundament gibt.

Die Auslegung des Begriffes „Demokratie" war für Mahraun ebenso schwierig, wie es für uns unmöglich ist, darauf eine für alle Völker und Regionen gültige Antwort zu geben. Unterschiedliche Volksmentalitäten, andersgeartete Kulturentwicklungen und differierende ökonomische Verhältnisse lassen keine Demokratie-Einheitsschablone zu. Sicher ist jedoch, daß Demokratie daran gemessen werden kann, in welchen Ausmaßen das Volk in seiner Gesamtheit an der Mitbestimmung über sein eigenes Schicksal beteiligt ist.
Stellen wir uns doch an dieser Stelle einmal die Frage, ob sich das Ausmaß an demokratischer Mitbestimmung in unserem Staat nicht darin erschöpft, alle vier Jahre zur Wahlurne zu pilgern und auf dem Wahlzettel hinter einer x-beliebigen Partei ein höchstdemokratisches Kreuzchen zu machen. Diese Art der Mitbestimmung des Bürgers am politischen Leben kann doch nur mit sehr viel Wohlwollen noch als demokratisch bezeichnet werden. Auch ohne mit besonders viel Phantasie gesegnet zu sein, fällt es nicht schwer, sich Formen staatlichen Zusammenlebens vorzustellen, die demokratischer als die derzeitige Parteienoligarchie in der Bundesrepublik sind.

≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋

Trotz der Fülle von Organisationen fehlt die Organisation aller, die Schlüsselorganisation des Gesamtorganismus.

MAHRAUN

≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋≋

Mahraun will einen neuen Faktor in die Gliederung des demokratischen Gesamtorganismus einschalten. Dieser Faktor ist das Volk selbst - das Volk in einer überparteilichen , souveränen Organisation seiner selbst. Der einzelne Mensch soll Demokratie praktisch erleben können. In diesem Zusammenhang weist Mahraun darauf hin, daß Sozialisten aus der Gefahr der Machtkonzentration in den Händen einzelner Wirtschaftsfürsten das Recht zur Sozialisierung von Konzernen ableiten, jedoch noch nicht auf den Gedanken gekommen sind, die Politik selbst zu verstaatlichen, d.h., politische Machtkonzentrationen zu verhindern, indem man die Macht auf das Volk verteilt.

Eine Demokratie ohne Volksversammlung kann nicht funktionieren.

Mahraun

Nach der Meinung Mahrauns ist die Volksversammlung geradezu die Voraussetzung der Demokratie. Dabei stellt er sich die Volksversammlung nicht als ungeteiltes Ganzes, sondern in einer aufgegliederten Erscheinungsform vor. Und die kleinste Gliederung dieser Demokratieorganisation nennt Mahraun „Nachbarschaft".

In einer kurzen Beschreibung erklärt Mahraun das Aussehen der „Nachbarschaft":

„Die Nachbarschaft ist die gebietsmäßige Zusammenfassung einer Summe von wahlberechtigten Staatsbürgern in Stadt und Land. Die Größe des Gebietes richtet sich nach den Wohnverhältnissen. Die Zahl muß durch ein allgemein gültiges Gesetz geregelt und überall gleich sein. Etwa 500 beieinander wohnende wahlberechtigte Staatsbürger bilden die Nachbarschaft. Nach einem besonders einfachen und übersichtlichen Wahlverfahren wählt die Gesamtheit den Nachbarschaftsvorsteher und die Beisitzer. Unter den Beisitzern muß eine Frau sein. Das Wahlverfahren muß die volle Gleichberechtigung aller sowie die Geheimhaltung und die Sicherheit gegen jede Wahlfälschung gewärleisten. Jede Minderheit muß ohne organisatorische, technische oder schriftliche Vorbereitung in der Lage sein, ihre Vorschläge der Volksversammlung unmittelbar zu unterbreiten. Den Wählern muß von der Stunde der Wahl an die Möglichkeit gegeben sein, die Gewählten wieder abzuwählen. Die Wahl erfolgt nach Meiststimmenzahl. Die Abwahl kann nur nach einer allgemein festgesetzten Stimmenmehrheit erfolgen. Die Versammlungen finden in regelmäßigen Zeitabständen oder bei besonderen Anlässen auf Einladung statt. Die Teilnahme ist jedoch in jedem Falle freiwillig. Die Innehaltung der verfassungsmäßigen Vorschriften und Zuständigkeiten wird durch die staatlichen Organe garantiert."

(Artur Mahraun bei der Tagung „Wir rufen die Wissenschaft", Hamburg 1947)

Dieser kurzen Darstellung der Nachbarschaftsidee kann man entgegenhalten, sie sei erstens zu einfach und zweitens nicht durchführbar. Dem Einwand, seine Idee sei zu einfach und könne der komplexen politischen Wirklichkeit nicht gerecht werden, hält Mahraun überzeugend entgegen, daß Demokratie, verstanden als Herrschaft des Volkes und nicht als Herrschaft von Polit-Technokraten, nur dann verwirklicht werden kann, wenn Politik wieder transparent und für jedermann verständlich, eben einfacher wird. Das leuchtet ein. Es ist keine Absage an die notwendige Führung des Staates durch politische Fachleute; jedoch darf sich das Handeln dieser Spezialisten nicht mehr in politischen Freiräumen abspielen, die nur von Parteidirektiven und eigenem Gutdünken begrenzt werden, sondern muß durch das Volk selbst und unmittelbar legitimiert sein.

Weniger überzeugend als dieses Plädoyer Mahrauns für eine einfache und vom Volk selbst getragenen Politik, scheinen seine Vorstellungen von der Durchführbarkeit der Nachbarschaftsidee zu sein. Daß die Idee nur an einigen örtlichen Stellen verwirklicht werden müsse und dann ansteckend wirke, sich ausbreite, um so schließlich den gesamten Staat demokratisch zu reformieren, spricht zwar für den Idealismus Mahrauns und ist auch aus den Bedingungen der Nachkriegszeit heraus verständlich, muß allerdings angesichts des festgefügten und repressiv wirkenden Machtstruktur des heutigen Parteienstaates als unrealistisch bezeichnet werden. Oder berechtigt etwa die gesellschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit zu der Hoffnung, das System durch Reformen demokratisieren zu können? Computerstaat, Schnüffelpraxis, Berufsverbote....–das sind mehr als nur Schlagworte, das ist die Schreckensvision von dem, was uns noch erwartet. Die Herrschenden geben dem Volk kein Jota ihrer Macht freiwillig zurück.



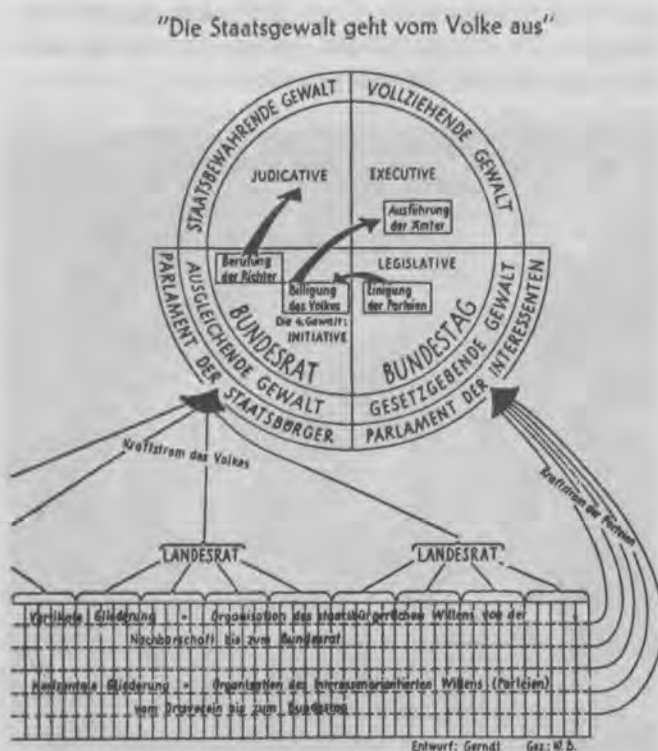
Der Schnüffler (von A.Paul Weber)

Die Demokratietheorie Mahrauns ist human und fortschrittlich, denn sie respektiert das größer werdende Emanzipationsbedürfnis der Menschen und steht damit im dialektischen Widerspruch zur heutigen Entmündigungsordnung. Diesen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Basisdemokratie im Sinne Mahrauns – Erweiterungen und Modifikationen eingeschlossen – und der Herrschaft der Parteien gilt es, dem Volk bewußt zu machen. Mit zunehmender Bewußtwerdung wird sich der Widerspruch zwischen inhumaner und lebensgerechter

Ordnung, zwischen partieller Diktatur und Basisdemokratie verschärfen, und es ist der Moment abzusehen, in dem der qualitative Umschlag in eine neue demokratische Gesellschaftsform stattfinden muß.

Volksabstimmungen, Volksbefragungen, Volksentscheide und Gesetzesinitiativen von unten her — das sind die wesentlichen Funktionen der Nachbarschaft. Mahraun verkennt nicht, daß es politische, wirtschaftliche und weltanschauliche Aufgaben in einem Staat gibt, die von den Nachbarschaften nicht gelöst werden können. Deren Verwirklichung soll im Kompetenzbereich der drei Gewalten liegen, wie es im herkömmlichen Staatsapparat der Fall ist. Das Nachbarschaftsmodell ergänzt diese drei Gewalten um die 4.Gewalt des permanenten Volksentscheides des Staatsbürgers. Diese 4.Gewalt bezeichnet Mahraun als ‚Initiative'. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß die politischen Entscheidungen von der 4.Gewalt auszugehen haben.

"Die Staatsgewalt geht vom Volke aus"



Man ergänze die drei Staatsgewalten um die „Vierte Gewalt" des permanenten Volksentscheides der Staatsbürger (Nachbarschaften) als ausgleichendes Korrelativ zur Legislative. Sie erst gibt der Demokratie ihren Charakter. Mahraun bezeichnet diese vierte Gewalt ihrer Bedeutung wegen in der Stellung zum Volk und in der Funktion der politischen Entscheidung als „Initiative". In kreisförmiger Anordnung der vier Gewalten würde ihre Stellung neben der Judikative die enge Verbindung von Recht und Gerechtigkeit symbolisieren und demokratischem Staatsbewußtsein förderlich werden.

Ralf Laubenheimer

ARTUR MAHRAUN (30.12.1890 – 27.3.1950)

Artur Mahraun gründete 1920 den JUNGDEUTSCHEN ORDEN, eine Organisation, deren offen vertretene Feindschaft gegen das Parteiwesen sich in der Idee einer grundsätzlich neuen, auf der Basis einer regionalistischen Gliederung beruhenden Staatsgestaltung von unten her manifestierte.

Mit diesem radikaldemokratischen Ideengut sind Mahraun und der „,Jungdeutsche Orden" eindeutig dem nationalrevolutionären Lager der 20-er Jahre zuzurechnen, auch wenn sich Mahraun mit der 1930 gegründeten „Volksnationalen Reichsvereinigung", die sich nach der Auflösung des Reichstages im Juli 1930 vorübergehend mit der „Demokratischen Partei " zur „Deutschen Staatspartei" zusammenschloß, auf ein Paktieren mit dem System einließ. Bereits im Herbst 1930 wurde die Verbindung zur „Deutschen Staatspartei" wieder gelöst.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde der „Jungdeutsche Orden" verboten. Versuche Mahrauns, den Jungdo im Untergrund weiterzuführen, hatten seine Verhaftung und zeitweise Inhaftierung zur Folge.

In der „Nachbarschaftsbewegung" suchte Mahraun nach 1945 sein demokratisches Ideengut fortleben zu lassen.

Mahrauns politische Hauptwerke sind die beiden Schriften „Das Jungdeutsche Manifest. Volk gegen Kaste und Geld. Sicherung des Friedens durch Neubau der Staaten" (1927) und „Gegen getarnte Gewalten. Weg und Kampf einer Volksbewegung" (1928), eine Art praktisch-historische Ergänzung zum Manifest. Die beiden wichtigsten Schriften nach 1945 sind „Die Nachbarschaft. Eine Idee zur Demokratisierung Deutschlands unter Berücksichtigung der west-östlichen Gegensätze" und „Politische Reformation. Vom Werden einer neuen deutschen Ordnung".

Die Gewalten, die über genügend Geldmittel verfügen, erkennen aber sehr wohl, daß ihre Macht auf der politischen Organisationslosigkeit des Volkes aufgebaut ist, Sie haben daher ein Interesse daran, einen Zustand zu erhalten, in welchem das Volk eine Masse ist. Sie haben ein Interesse daran, zu verhindern, daß dieses Volk sich eine organisatorische Gliederung gibt, in welcher der einzelne Staatsbürger den Mitteln der Massenbeeinflussung nicht so ausgeliefert ist wie heute.

MAHRAUN

Positives Nationalismusverständnis

Bestimmte Begriffe, die eine politische Sprengwirkung auf die bestehenden Machtstrukturen ausüben könnten, werden von den Herrschenden systematisch diskreditiert, und deren eigentlicher Sinn wird ins Gegenteil verkehrt. Begriffsverwirrung – ein wirksames Instrument der Repression! Daß der Begriff Nationalismus von den Mächtigen in der Bundesrepublik mit besonderer Feindseligkeit angegangen und geradezu als die Inkarnation alles Bösen dargestellt wird, gewinnt somit eine neue Bedeutung.

Für viele Völker ist Nationalismus gleichbedeutend mit dem Streben nach Unabhängigkeit, Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit. Nationalismus ist konkretisierter Antiimperialismus.

WIR SELBST wehrt sich gegen jede Art von Begriffsvergewaltigung und läßt deshalb Antiimperialisten zu Wort kommen, die ein positives Nationalismusverständnis haben.



Moammar El Kadhafi zu dem Begriff Nationalismus:

„Bedenken Sie, daß unser Nationalismus dem Wesen nach humanitär ist: er ist keineswegs aggressiv, im Gegensatz zu dem, was zum Beispiel der deutsche Nationalsozialismus war. Wir sind weit davon entfernt, Fanatiker zu sein, aber wir sind überzeugt, daß für uns die Unterdrückung des Nationalismus und der Religion die bestehenden Probleme nicht eine Handbreit einer Lösung näherbringen würde. Wenn man den Kriegen wirklich ein Ende machen will, muß man vielmehr darauf achten, daß jeder Nationalismus den anderen achtet und daß jede Religion die anderen Religionen achtet; hier liegen, wie ich schon sagte, die Hauptursachen des Konflikts.......Denn jeder einzelne ist Teil einer Nation, an die er durch das Blut und die Abstammung gebunden ist, schon bevor er Moslem, Buddhist oder Christ war: der Nationalismus ist genau die Folge dieser Bindungen. Die Religion kommt erst danach, und selbst die Religion ist vor diesem Fundament machtlos, auf dem die ganze Gesellschaft ruht...Nichts und niemand könnte je die Völker auflösen."

Befreiungsnationalismus in Nicaragua

Imperialismus, verstanden als Machterweiterungsdrang der Großmächte, ist kein spezifisches Problem unserer Tage, denn schon immer gab es Staaten und Mächte, die nach Weltherrschaft strebten und andere Völker unter ihr Joch zwangen. Die Geschichte zeigt aber auch, daß die Völker sich stets gegen die Gewalt von außen, gegen die Unterdrückung ankämpften. Befreiungsnationalismus kontra Imperialismus – eine in der Geschichte durchgehend zu beobachtende Konfrontation. Heute, in der Ära des Spätkapitalismus, wo Macht und Gewalt immer perfekere Formen annehmen, ökonomische Zwänge zur Kapitalexpansion treiben und Kreml und Wallstreet ein weltumspannendes Repressionsnetz geflochten haben, wird der Kampf der Völker für nationale Unabhängigkeit zunehmend schwieriger. Befreiungsnationalismus ist das weltweit anwendbare Prinzip der Auflehnung gegen die Hegemonie der Supermächte – internationale Solidarität aller Nationalisten gegen die gemeinsamen Unterdrücker ist heute erforderlich.
Im folgenden Artikel wird der nationale Freiheitskampf des nicaraguanischen Volkes dargestellt.

Nicaragua, ein fruchtbares mittelamerikanisches Land von paradiesischer Schönheit, hat eine Geschichte, die immer durch Invasionen und Plünderungen, Belagerungen und Grausamkeiten gekennzeichnet. Bereits im 16.Jahrhundert suchen spanische Eroberer in diesem Land nach der legendären Stadt aus reinem Gold und zeichnen sich dabei durch besondere Grausamkeit aus. Die Kämpfe zwischen Engländern und Spaniern um die koloniale Vorherrschaft in Nicaragua prägen das 18.Jahrhundert, wobei beide Mächte das Ziel verfolgen, einen interozeanischen Kanal quer durch Nicaragua zu bauen. Dieses Vorhaben wird im 19.Jahrhundert, als die imperialistische Expansion des Kapitalismus nach schnelleren und ökonomischeren Transportwegen auf dem Seewege sucht, noch interessanter und führt zu einer besonderen Rivalität zwischen Großbritannien und den USA, die ihre ökonomische Macht zu festigen beginnen. Es verwundert nicht, daß die Machtgelüste der neuen Weltmacht USA sich zunächst auf den amerikanischen Subkontinent konzentrieren. Zum Schutz des neuen US-„Jagdgeheges" proklamiert Präsident Monroe 1823 seine berühmte Doktrin „America for the Americans".

Nicaragua ruft am 15. September 1821 seine Unabhängigkeit aus und schließt sich wenig später mit anderen unabhängig gewordenen Ländern zur „Föderativen Republik Mittelamerika" zusammen, die jedoch auf Grund anhaltender Bürgerkriege nur kurzlebig ist und wieder in Einzelstaaten zerbricht.

Der Bürgerkrieg in Nicaragua, der nach der Unabhängigkeitserklärung einsetzt, hat seine Ursache im Konkurrenzkampf der beiden bedeutensten Städte, Granada und Leon. Beide Städte führen ein wirtschaftlich selbständiges Leben und haben kaum Verbindung untereinander. Granada beherrscht den östlichen, Leon den westlichen Teil des Landes. Damit ist eine politische und ökonomische Teilung des Staates gegeben, was auch darin seinen Ausdruck findet, daß sowohl die konservative Partei der Granadiner, als auch die liberale Partei der Leoneser jeweils für sich in Anspruch nimmt, die Nation zu repräsentieren.

1848 entdeckt man in Kalifornien Gold. Ein Heer von Glückssuchern, Geschäftsleuten und Abenteurern strömt dorthin. Da aber der Weg durch die Wüsten und Prärien des nordamerikanischen Kontinents gefährlich ist, setzt bald ein Kampf von verschiedenen US-Reisegesellschaften um eine Konzession zur Durchquerung des nicaraguanischen Territoriums ein. Die verfeindeten Parteien von Leon und Granada favorisieren jeweils ein Reiseunternehmen, mit anderen Worten, sie lassen sich vom ausländischen Kapital korrumpieren. Daß außerdem Piratenheere in den Vereinigten Staaten angeheuert werden und mit unglaublicher Brutalität in den 1854 begonnenen Bürgerkrieg eingreifen, macht besonders deutlich, daß Nicaragua zu einem Marionettendasein in den Händen des US-Imperialismus verurteilt ist. So verwundert es auch nicht, daß ausgerechnet der Kommandant eines in New Orleans rekrutierten Piratenheeres, William Walker, sich 1856 zum Präsidenten ausruft. Die englische Sprache wird zur offiziellen Landessprache und Walker verfügt die Wiedereinführung der Sklaverei. Sein großes Ziel jedoch, ganz Mittelamerika zu erobern scheitert, weil sich erstmals alle mittelamerikanischen Länder zusammenschließen und das Heer der Piratenphalanx im April 1857 besiegen. Walker muß in die USA zurückkehren.

In der Folgezeit dehnt der expansive Kapitalismus seine Macht im mittelamerikanischen Raum weiter aus. Mittelamerika wird in die Rolle des Rohstofflieferanten für die Industrien der Metro-

polen abgedrängt. Ob in Nicaragua die konservative oder die liberale Partei regiert, hat auf die tatsächlichen Machtverhältnisse im Lande überhaupt keinen Einfluß. Es herrschen eindeutig die nordamerikanischen Gesellschaften wie die United Fruit Company, die riesige Flächen Landes für Kaffee- und Bananenplantagen in ihren Besitz bringen.

Versuche der Regierungen, wenigstens noch Reste nationaler Unabhängigkeit zu wahren, werden zu Beginn des 20.Jahrhunderts, als die USA in eine neue Etappe ihrer imperialistischen Machtexpansion eintreten, im Keim erstickt. Die Monroe-Doktrin erfährt eine neue Auslegung. Haiti, Santo Domingo, Kuba, Honduras, Mexiko und Nicaragua (1909) werden durch die US-Kriegsmarine militärisch besetzt. Man braucht folgsame Regierungen im karibischen Raum. Von nun an gehören die Länder Mittelamerikas den US-Gesellschaften, die Präsidenten absetzen, Abgeordnete kaufen, Gesetze für ungültig erklären oder neue erlassen und Kriege führen. In Nicaragua gehen die Bergwerke, Banken und Eisenbahn in den Besitz der US-Konzerne über, Aufnahme von Anleihen des Staates dürfen nur noch bei nordamerikanischen Banken gemacht werden. Die Rechte für den Bau des interozeanischen Kanals überträgt die Regierung von Nicaragua 1914 den Vereinigten Staaten. Damit ist garantiert, daß das Kanalbauprojekt niemals verwirklicht wird, denn der unter US-Herrschaft stehende Panamakanal wird im gleichen Jahr beendet.

Die Unterdrückung des nicaraguanischen Volkes durch den US-Imperialismus und deren Lakaien war niemals zuvor größer. Aber Druck erzeugt Gegendruck! Die befreiungsnationalistische Idee gewinnt in Nicaragua an Boden. Tausende von aufständischen Bauern und Landarbeitern schließen sich einem von den Liberalen aufgestellten Heer an. Ihr Ziel ist nicht nur der Sturz der konservativen Regierung, sie wollen die US-Okkupationstruppen aus dem Land hinauswerfen. Als das Heer bereits mehr als die Hälfte des Landes erobert hat, erklärt der Generalstab überraschen die Kapitulation. Verrat, Korruption — die gesamte Führung stimmt zu, nur einer nicht, **General Augusto Cesar Sandino.**

Sandino

Augusto Cesar Sandino wird am 18. Mai 1895 in einem kleinen Dorf in Nicaragua geboren. Als unehelich geborenes KInd erlebt er in der feudal-patriarchalischen Gesellschaft eine Kindheit in Armut und Not. Seine Mutter stirbt, als Sandino 9 Jahre alt ist, in einem Gefängnis, in das man sie gesteckt hat, weil sie eine Geldschuld nicht begleichen kann. So stellt sich Sandino bereits früh die Frage nach sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde.

Er arbeitet auf verschiedenen Haziendas und Plantagen als Schlossergehilfe, verdingt sich in Honduras als Lagerverwalter, und in Mexiko findet er eine Anstellung bei einer Erdölgesellschaft. Bei dieser Wanderschaft macht er Bekanntschaft mit sozialistischem Gedankengut und kombiniert diese mit befreiungsnationalistischen Vorstellungen. Er kommt zu der Überzeugung, daß die nationale Befreiung vom US-Imperialismus die Voraussetzung für die soziale Revolution in seiner Heimat Nicaragua ist. Im Juni 1926 kehrt er mit dem Vorsatz nach Nicaragua zurück, mit der Waffe gegen die ausländischen Interventen zu kämpfen.

Zunächst arbeitet er in einem Bergwerk in San Albino und beginnt mit seiner politischen Aufkärungsarbeit für die Sache der Nation unter den Bergleuten. Im Oktober 1926 stellt er schon eine Kolonne Soldaten zusammen, rüstet sie mit alten Gewehren aus, die er von seinen eigenen Ersparnissen gekauft hat und schließt sich dem Heer der Liberalen an. Der Kampf gegen die konservative Regierung soll nach Sandinos Meinung der Auftakt zu dem Befreiungskrieg gegen die US-Truppen sein.

An der Spitze seiner Soldaten kämpfend siegt Sandino in mehreren Schlachten über die Regierungstruppen. Seine eigenen Soldaten ernennen ihn zum General. Im Kampf zeigt sich das Besondere des Nationalrevolutionärs Sandino. Er wird nicht von einem Gremium der liberalen Partei als Truppenführer eingesetzt, sondern seine eigenen Soldaten wählen ihn. Stets kämpft er an der Spitze seiner Leute und verkriecht sich nicht in der Nachhut, wie es die eingesetzten Generäle tun. Die Fahne der Partei interessiert ihn nicht; in der Vorhut seiner Kolonne hißt er die rote und schwarze Fahne (rot: Freiheit, schwarz: Tod — Freiheit oder Tod).

Als das liberale Heer am 2.Mai 1927 kapituliert, legt Sandino seine Waffen nicht nieder, obwohl ihm die Position eines Gouverneurs angeboten wird. Er entläßt alle Männer, die verheiratet sind und zieht sich mit dem Rest seiner Truppe in die Berge von Yucapuca zurück. Als am 16.Juli 1927 Sandino eine Garnision von US-Marineinfanteristen angreift, erfährt die Welt, daß der Befreiungskampf Nicaraguas begonnen hat.

Überraschungsangriffe aus dem Hinterhalt auf Kolonnen der US-Soldaten und Sturmangriffe auf Garnisionen in kleinen Dörfern — das ist die neue Taktik Sandinos, das ist Guerillakampf, die einzige

Chance des kleinen patriotischen Haufens gegen die Armee der Weltmacht.

Mehr und mehr Freiwillige stoßen zu Sandino. Ganz Nicaragua wird in acht militärische Operationsgebiete eingeteilt, die jeweils von einer Kolonne unter dem Kommando eines Generals überwacht werden. Sandino gründet landwirtschaftliche Genossenschaften und Schulen, in denen seine Soldaten und Bauern lesen und schreiben lernen können. Der name Sandino ist für ganz Lateinamerika zu einem Symbol für nationale und soziale Befreiung geworden.

Als die US-Bergbaugesellschaften und die Plantagen der United Fruit Company zu neuen Angriffsobjekten Sandinos werden, antworten US-Flugzeuge mit sinnlosem Bombenterror auf Bauerndörfer. Einige Flugzeuge können abgeschossen werden, die US-Infanterietruppen erleiden im Kampf gegen die aufständischen Partisanen Niederlage auf Niederlage. Dies führt dazu, daß US-Soldaten nicht mehr in direkte Kampfhandlungen eingesetzt werden. Wozu auch? Es gibt genügend Lakaien im Land, die bereit sind, für Geld die dreckigen Geschäfte des Imperialismus zu verrichten. Die Kriegsführung wird durch einen Vertrag zwischen den Regierungen der USA und Nicaragua im Dezember 1927 offiziell der Nationalgarde von Nicaragua übertragen. Allerdings verbleiben die US-Truppen auch weiterhin im Land und stellen sogar die Nationalgarde.

In den Jahren 1931 und 1932 erreicht das Heer Sandinos eine Stärke von 6000 Mann, der Kampf nimmt nationale Ausmaße an. Diese Lage zwingt die USA schließlich doch, ihre Truppen im Januar 1933 aus Nicaragua abzuziehen. Sandino ist sofort bereit, sein gegebenes Wort einzulösen, daß er seinen Kampf an dem Tag einstellen werde, an dem der letzte ausländische Soldat abgezogen sei. Am 23.Januar 1933 wird die Einstellung der Kriegshandlungen bekanntgegeben und am 22.Februar legt das Verteidigungsheer der Nationalen Unabhängigkeit Nicaraguas, das 6 Jahre lang unter der Führung General Sandinos gekämpft hatte, offiziell die Waffen nieder. Und damit geht Sandino in die Falle, die im die Handlanger des US-Imperialismus gestellt haben. Denn die wichtigste Machtposition Nicaraguas, der Oberbefehl über die Nationalgarde, war vorher schon in die Hände des in den USA ausgebildeten General Anastasio Somoza geegt worden. Durch diesen Agenten des US-Imperialismus ist die tatsächliche Machtausübung durch die USA in NIcaragua auch weiterhin garantiert.

Am 21. Februar 1934 wird Sandino nach einem Essen mit Präsident Sacasa von Nationalgardisten Somozas verhaftet und wenige Stunden später zusammen mit zwei seiner alten Generäle erschossen. Am nächsten Tag überfällt die Nationalgarde die von Sandino gegründete landwirtschaftliche Genossenschaft und ermordet mehr als dreihundert Bauern.

Somoza läßt sich 1936 zum Präsidenten Nicaraguas wählen und regiert bis zu seinem Tod im Jahre 1956. MIt Unterstützung der USA kann die Familie Somoza die Diktatur fortsetzen – bis 1979, dem Jahr der Revolution unter des schwarz-roten Fahnen Sandinos. 45 Jahre nach der Ermordung des Revolutionärs erhebt sich das Volk von Nicaragua, um die Idee der nationalen und sozialen Befreiung zu verwirklichen.

„Wenn ihre Gewissen sich nicht durch die materielle Bereicherung verhärtet hätten, würden die Amerikaner nicht so leicht vergessen, daß ein Volk früher oder später, so schwach es auch sein mag, seine Freiheit erringen wird und daß jeder Mißbrauch der Macht die Vernichtung desjenigen, der sie innehat, nur beschleunigt.

Wir gehen der Sonne der Freiheit oder dem Tod entgegen. Wenn wir sterben, wird unsere Sache weiter am Leben bleiben, denn andere werden uns folgen".
Augusto Cesar Sandino, 1928

Beate Neuberger

KAMPF ALLEN UNTER- DRÜCKERN DER VÖLKER!

WIDER DAS BESATZUNGSSYSTEM

Zur Lage der nationalrevolutionären Bewegung in Westdeutschland

Wer oder was sind die Nationalrevolutionäre? Verkappte Neonazis, die die verflossene Hitlerdiktatur nachträglich beschönigen wollen, rechtsradikale Zahlenkünstler, die die antisemitische Vergangenheit bewältigen oder neofaschistische Waldläufer, die die Verteidigung der Herrschaft des Großkapitals üben?

Weder noch, die einzige Gemeinsamkeit zwischen Faschisten und Nationalrevolutionären ist die totale Gegnerschaft zueinander. Nationalrevolutionäre stehen sowohl in der sozialen, wie der demokratischen, nationalen, ökologischen und kulturellen Frage dem Staats- und Privatkapitalistischem System und seinen faschistischen Vorfeldtruppen konträr gegenüber. Für Faschisten und Kapitalisten steht die Wachstumsgesellschaft im Vordergrund, die soziale und kulturelle Entfremdung, ebenso der Entscheidungsfundus durch kleine ökonomische Machtgruppen, sowie die Mißachtung des ethnischen Prinzips.

Was bedeutet denn grundsätzlich schon der Unterschied zwischen einem kapitalistischen Atomkraftwerk in Biblis oder Cattenom oder einem staatskapitalistichem in Magdeburg; welche gravierenden Unterschiede gibt es zwischen dem Imperialismus des Naziregimes (Einverleibung der Tschechei) und dem Kulturimperialismus Frankreichs (Baskenland, Bretagne...) und dem Chauvinismus der staatskaitalistischen Führung der Sowjetrussen (Annektion Estlands...).

Sowohl in der nationalen, sozialen, ökologischen, demokratischen und kulturellen Frage sehen wir den Faden der Gemeinsamkeit der Etablierten in Ost und West.

Als Antwort auf dieses gigantische Kartell formiert sich eine nonkonforme Szene, als deren Teil sich die Nationalrevolutionäre fühlen. Hier findet man keine Spezialitätenverkäufer und Einprogrammpunktrevolutionäre. Die Nationalrevolutionäre nehmen Stellung zu der Bandbreite des politischen Lebens und sie berufen sich auf eine Tradition, die sich sehen lassen kann.

Ihre Tradition reicht zurück in die Zeit der Kämpfe der Bauern gegen die Feudalherrn, sie stehen positiv zu den Befreiungskriegen gegen Napoleon, sie bekennen sich zur 1848er Revolution, ebenso zum Aufstand der deutschen Sozialisten für eine freie und sozialistische Republik (1918/1919), im Widerstand gegen die Hitlerdiktatur mußte die nationalrevolutionäre Bewegung zahlen, der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland gehört ebenso zu den revolutionären nationalen Kämpfen, wie die Landvolkbewegung des Bauernführer Claus Heim in der Weimarer Republik. Ulrich von Hutten, Thomas Müntzer, Ernst Niekisch, Robert Blum, A.Paul Weber u.v.a. sind Namen, die für diese Tradition der Nationalrevolutionäre stehen. Die Nationalrevolutionäre sind also nicht unbedingt etwas Neues im politischen Geschehen, trotzdem sind sie kein vergangenheitsbezogener Traditionshaufen, sondern eine politische Bewegung, die für die



Bildnis Ernst Niekisch 1931/32 (von A.Paul Weber)

Zukunft kämpft, auf allen Ebenen. Organisatorischer Schwerpunkt ist die politische Organisation SACHE DES VOLKES. Exponenten nationalrevolutionärer Politik sind Henning Eichberg, Wolfgang Venohr und Wolfgang Strauß. Alle drei sind u.a. im publizistischen Bereich tätig und machten die nationalrevolutionären Perspektiven für eine sozialistische Demokratie erst einem breiteren Publikum bekannt. Wolfgang Venohr ist Chef des Stern-TV und wurde durch seine Fernsehsendung ‚Dokumente deutschen Daseins' einem breiteren Publikum bekannt, Wolfgang Strauß ist Experte in Sachen Osteuropa und Autor in ‚linken' Blättern wie SPONTAN. Übel wird ihm allerdings von seinen Genossen genommen, daß er sich herabläßt seine Artikel auch reaktionären

Blättern, wie dem ‚rechtsradikalen' DEUTSCHEN HOCHSCHULANZEIGER zur Verfügung zu stellen. Henning Eichberg ist wohl der ‚bekannteste' nationalrevolutionäre Publizist, sein Verdienst ist es mit dazu beigetragen zu haben, der nationalrevolutionären Bewegung der Gegenwart ein politisches Eigenverständnis gegeben zu haben.

Für die Sache des Volkes und der Völker engagieren sich heute insbesondere junge Leute, welche aus unterschiedlichen politischen Lagern oder aus dem organisationsunabhängigem Bereich zu dieser Bewegung stoßen. Auffallend hierbei ist besonders; daß mehr und mehr die dezentralralistisch-orientierte undogmatische; Linke' NR-Positionen übernimmt. So klein auch die Oraganisation der NR-Bewegung SACHE DES VOLKES sein mag, so breit sind doch die politischen Postulate nationalrevolutionären Inhalts in der Alternativbewegung. Denken wir an die Alternativen Listen, Teile der Grünen, Avanti, die KPD, die Komitees für Demokratie und Sozialismus usw.

Hier ist ein Punkt anzusprechen, weshalb es der Organisation SDV nicht gelungen ist, trotz eines Programmes, welches weitestgehend in der nonkonformen Szene ankommt, bzw. zumindest als diskussionswürdig angesehen wird, organisatorisch noch nicht weiter gekommen ist. Ursachen hierfür dürften neben personellen Schwächen im Bereich der Organisation auch die mangelnde Schwerpunktarbeit sein. Die NR-Bewegung in Nordrhein Westfalen kritisiert zum Beispiel die mangelnde Beschäftigung der SDV mit Fragen der Arbeiterselbstverwaltung, sowie der Frauenproblematik, der Basisdemokratie und Themen die im Kampf gegen das kapitalistische System von Bedeutung sind.

Die nationale Frage wird als selbstverständlicher Teil der NR-Programmatik verstanden, aber eben nur als Teil, hier müßte auch unseres Erachtens die Organisation SDV Programmpunkte aufarbeiten, da dieses Selbstverständnis anders als zum Beispiel in NRW nicht überall vorhanden ist.

In Kirchheim bei Bad Hersfeld wurde jüngst ein neuer Zentralrat der SDV gebildet. Der Wahl gingen heftige interne Diskussionen um die Frage ob die Organisationsstrukturen zentralistisch oder dezentralistisch sein sollen, hinzu kamen Debatten um die zukünftige Schwerpunktarbeit. Während die NRW-Gruppe dem betriebswirtschaftlichen Grundsatzes der Dominanz des Minimumsektor folgend, forderte die künftige Arbeit entscheidend auf die Ausarbeitung eines ausgefeilten Sozialismuskonzeptes zu legen (Aufarbeitung der Klassiker, Ota Sik - Humane Wirtschaftsdemokratie, Modelle der Arbeiterselbstverwaltung etc) legte sich die Mehrheit der Organisation auf den Ausbau des politischen Sprachrohrs im Umfeld der SDV der NEUEN ZEIT fest.

Die neue SDV-Führung wird sich darn messen lassen müssen, inwieweit es ihr gelingen wird, durch eine glasklare Gesamtperspektive die Organisation zu stärken. Da die NR-Bewegung wesentlich größer ist als die SDV, wird nur eine dezentralistisch orientierte Organisation die Schlagkraft der NR-Bewegung erhöhen.

Es gilt die zahlreichen nicht organisierten Basisgruppen in basisdemokratischem Sinne zu koordinieren, hinzu kommt die Entwicklung einer Konzeption zur Bündnispolitik, welche sich insbesonders am antihegiomonialen Kampf gegen die Supermächte und am ökologischen Selbstverständnis orientieren sollte.

Exponenten und SDV sind also als Kristalisationspunkte aufgefordert zu handeln, eine effektive Diskussion muß auf breiter Ebene geführt werden.

Die Fähigkeit alternative Politik für die Sache des Volkes und der Völker zu machen, wird von der Fähigkeit abhängen, alternative Organisationsstrukturen aufzubauen.

Die Fronten brechen auf

von Horst J. Ackermann

Viele politischen Gegebenheiten sind das Ergebnis von Berührungsängsten politischer Gruppierungen und Einzelpersonen. Die Geschichte wäre anders verlaufen, hätten verschiedenartige politische Bestrebungen nach Gemeinsamkeiten gesucht, anstatt scheinbare oder tatsächliche Gegensätzlichkeiten zu pflegen. Das heißt nicht, eigene Grundpositionen zu verlassen um imaginäre Gemeinsamkeiten zu erzwingen. Ein solches Verhalten wäre Opportunismus und dienst langfristig nicht der Konvergenz diverser Positionen. Nötig allerdings ist es, die eigenen Positionen, auch die grundsätzlichen, permanent selbstkritisch zu überprüfen.

Von den westdeutschen, kommunistischen Gruppierungen hat als erste die „maoistische" KPD begonnen, sukzessiv zu einer gemeinsamen Basis mit den Nationalrevolutionären zu kommen. Umgekehrt haben die Nationalrevolutionäre, von denen nicht wenige aus reaktionären Gruppierungen kommen, ihren plumpen, undifferenzierten Anti-

kommunismus überwunden und suchen mit undogmatischen Kommunisten nach gemeinsamen Lösungen, um die staats- und privatkapitalistischen Systeme in Ost und West zu überwinden. Beide kämpfen für ein vereinigtes souveränes sozialistisches Deutschland.

Es wär töricht, behaupten zu wollen, zwischen undogmatischen Kommunisten und Nationalrevolutionären Sozialisten gäbe es keine ideologischen und programmatischen Differenzen. Eine noch viel gefährlichere und unverantwortliche Torheit aber wäre es, solche Differenzen zum Anlaß zu nehmen, um einer Redintegration überholter Fronten das Wort zu reden. Eine heterogene Aktionseinheit mit homogenen Grundpositionen von Kommunisten, Nationalrevolutionären, Grünen und anderen Nonkonformisten ist notwendig, um den Herrschenden und ihren Hilfstruppen wirksam entgegentreten zu können.

Berührungsängste sind da, um überwunden zu werden. Diese, ansich simple Erkenntnis beginnt sich bei immer mehr Nonkonformisten durchzusetzen, Die Widersprüche zwischen Herrschenden und Nonkonformisten sind ganzheitlich antagonistisch; die Widersprüche zwischen undogmatischen Kommunisten und Nationalrevolutionären Sozialisten sind punktuell. Revolutionäre Realpolitik erfordert militante Flexion. Utopische Wachträume sollten getrost den,,linken und rechten" Reaktionären überlssen werden, die im Abfalleimer der Geschichte nach Bausteien für das Morgen suchen.

Mitte/Ende der 60er Jahre trat in westdeutschland und Westeuropa die sog. ,,Neue Linke" an die Öffentlichkeit. Diese,,Linke" unterschied und unterscheidet sich von der orthodoxen klassischen Linken durch ihr Infragestellen, ja durch die Negierung des Anspruchs der Sowjetunion als internationales Zentrum der Arbeiterbewegung. Für die ,,Neue Linke" ist die UdSSR eine imperialistische Supermacht, die die Traditionen marxistisch-leninistischen Selbstverständnisses mit Füßen tritt.

Analog zur ,,Neuen Linken" manifestierte sich ebenfalls Mitte/Ende der 60er Jahre eine ,,Neue Rechte", die von den Massenmedien jedoch weitgehend totgeschwiegen wurde. Die ,,Neue Rechte" entstand als Konsequenz unzufriedener Funktionäre und Aktivisten der ,,Alten Rechten", die erkannt hatten, daß die reaktionäre , bürgerliche Programmatik dieser Kreise und insbesonders das Ausklammern der sozialen Frage die bestehenden Verhältnisse nicht zu lösen vermochte.

Innerhalb der,, Neuen Rechten" bildeten sich zwei Flügel, ein nationalrevolutionärer (aus ihm entstand zum Teil die SACHE DES VOLKES, welche sich aber heute nicht mehr als ,,Neue Rechte" fühlt - Anm. Red.) und ein solidaristischer (der sich den Namen ,,solidaristische Volksbewegung" gab). Beide, Nationalrevolutionäre und Solidaristen, berufen sich auf die Nationalrevolutionäre der Weimarer Zeit (z.B. Ernst Niekisch und Ernst Jünger) und teilweise auf den linken, sozialrevolutionären Flügel der damaligen NSDAP (z.B.Otto und Gregor Strasser).

Die National- und Sozialrevolutionäre der Weimarer Zeit gehörten zu den engagiertesten Warnern vor dem drohenden Hitlerfaschismus (z.B. Ernst Niekisch.Hitler ein deutsches Verhängnis, oder Otto Strasser: Ministersessel oder Revolution?). Die damalige KPD dagegen unterschätzte den aufkommenden Hitlerismus und sah in der Sozialdemokratie ihren Hauptfeind. Hätten die Kommunisten der Weimarer Zeit den erbitterten Kampf der National- und Sozialrevolutionäre gegen den Hitler-Faschismus unterstützt, hätte eine Machtergreifung Hitlers verhindert werden können.

Heute haben undogmatische Kommunisten und Nationalrevolutionäre Sozialisten begonnen, aus den Fehlern der Weimarer Zeit zu lernen. War Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre eine Verständigung zwischen beiden noch so gut wie unmöglich, so scheinen diese Berührungsängste heute bereits teilweise überwunden. Nationalisten haben erkannt, daß das Fehlen sozialistischer Postulate den Terminus ,,Nationalismus" zu einer leeren Worthülse macht. Kommunisten begreifen, daß ein Sozialismus ohne nationales Selbstverständnis zum internationalistischen Mythos ohne Substanz degeneriert.

Natürlich ist diese Konvergenz noch in der Entwicklung, aber gerade das sollte den Exponenten und Aktivisten beider Bestrebungen doppelter Ansporn sein, für die Schaffung der historischen Synthese von Nationalismus und Sozialismus zu kämpfen. Das alte ,,Links/Rechts"-Schema, diese reaktionäre Gesäßgeographie, muß endgültig überwunden werden. Das ist die erste Voraussetzung, um letztlich den Status quo zu überwinden.



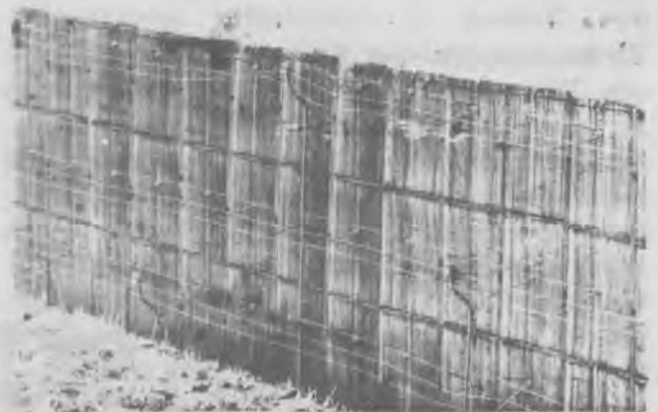
Anschläge auf DDR-Grenzanlagen

Anfang November des vergangenen Jahres meldete die hiesige BRD-Presse völlig entrüstet, daß ein Bombenanschlag auf DDR-Grenzanlagen verübt worden ist:

‚Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bestätigte am Samstagabend, daß der DDR-Grenzzaun nordöstlich von Hünfeld in der Nacht von Freitag auf Samstag auf einer Länge von etwa 50 m beschädigt worden sei. Es sei noch unbekannt, von welcher Seite des Zauns dies geschehen sei. Die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN hatte zuvor gemeldet, im Raum Geisa... seien am Vortage Unbekannte in das Hoheitsgebiet der DDR eingedrungen. Durch den Anschlag hätten sie ‚Leben und Gesundheit von Bürgern der DDR in verantwortungsloser Weise gefährdet'. Das DDR-Außenministerium forderte eine Bestrafung der Schuldigen, sowie Maßnahmen, die derartige ‚völkerrechtswidrige Handlungen' künftig ausschlössen.' (Göttinger Tageblatt v. 12.11.1979)



Leider versäumte es der Sprecher des Bundesinnenministeriums hinzuzufügen, daß es sich hier höchstens um ein Vergehen gegen das Sprengstoffgesetzt handeln könnte, wenn nicht überhaupt um einige hochgegangene Minen des DDR-Todesstreifen. Jedoch keineswegs handelt es sich hier um eine 'völkerrechtswidrige Handlung'. Die Errichtung der DDR-Grenzanlagen mit Stacheldraht, Todesschußautomaten und Minenfeldern stellt dagegen eine eklatante völkerrechtswidrige Handlung dar, weil sie einen freien, ungehinderten Verkehr innerhalb des gemeinsam besetzten Gebietes verhindert. Nach Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung sind die Besatzungsmächte verpflichtet ‚alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze'.



Metallgitterzaun mit Auslösedrähten der Tötungsautomaten von der DDR-Seite aufgenommen

Als zwingendes Hindernis für eine Nichtbeachtung der Landesgesetze, also der deutschen Gesetze, dürfte in diesem Falle höchstens eine Gefährdung für die Sicherheit der betreffenden Besatzungsmacht angesehen werden. Von einer Bedrohung der Besatzer durch die Einwohner des besetzten Landes, also von den Deutschen, kann aber 34 Jahre nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages und angesichts der Tatsache, daß sogar bereits seit Jahren deutsche Hilfstruppen zur Unterstützung der Besatzungsmächte aufgestellt worden sind, (z.B. BW,NVA) wohl keine Rede sein.

Damit entfällt auch jede Berechtigung für die Errichtung der sogenannten DDR-Grenze mit Stacheldraht und Minenfeldern. Ein Anschlag auf eine völkerrechtswidrige Einrichtung kann also dann auch keine ‚völkerrechtswidrige Handlung' sein, sondern nur ein Schritt vorwärts im Befreiungskampf eines unterdrückten, sprich hier des DEUTSCHEN VOLKES!!!

Gerd Letre'

QUO VADIS DGB ?

EINE ANALYSE ZUM NEUEN DGB–PROGRAMMENTWURF

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschfts-bundes hat den Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes vorgelegt. Der Entwurf soll in den Einzelgewerkschaften und in den Untergliederungen des DGB bis zum außerordentlichen Bundeskongreß am 12. bis 14.3.1981 in Düsseldorf diskutiert werden.

Der Grundsatzprogrammentwurf gliedert sich in eine Präambel und 30 Grundsatzforderungen. In der Präambel wird die Stellung und Haltung des DGB im bundesrepublikanischen System deutlich gemacht. In den einzelnen Grundsatzforderungen wird Stellung zu den wichtigsten Themenkreisen genommen, die die deutsche Arbeiterbewegung berühren.

Wir wollen unterstreichen, mit welchen Forderungen die DGB-Führung in das nächste Jahrzehnt hineingeht, ob und wieweit Programmatik und gegenwärtige Realität auseinanderklaffen und beleuchten, ob der DGB aus nationalrevolutionärer Sicht letztenendes von seiner Führung her zusammen mit den etablierten Parteien und den kapitalistischen Strukturen nur ‚ein Stückchen Macht' mitverwalten möchte.

In der Präambel bekennt man sich zu den Menschenrechten, zur parlamentarischen Demokratie, zur stolzen Vergangenheit der Arbeiterbewegung und zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Aufgabe der Gewerkschaft sei es, der Würde des arbeitenden Menschen Achtung zu verschaffen, ihren gerechten Anteil am Ertrag der Arbeit durchzusetzen, sie zu schützen und sozial zu sichern und eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht. Die Abwehrhaltung gegenüber totalitären und reaktionären Strömungen findet breiten Raum. Auffallend ist der Passus, der das Recht auf Widerstand (Artikel 20 (4) GG) betont. Anders als die konservativen Kräfte in Westdeutschland, unterstreicht der DGB, daß „Freiheit und Selbstbestimmung das Recht auf Arbeit und Bildung einschließt". Das Sozialstaatsgebot fordere eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ferner wird betont, daß der soziale Rechtsstaat ständige Reformen notwendig mache, weil sie die Voraussetzung für die Entfaltung der Grundrechte aller Menschen seien. Es gelte also nicht die „Vorrechte weniger zu schützen und die bestehenden Machtverhältnisse zu bewahren".

Nach Meinung der DGB-Führung bedeutet dies, daß die Änderung der Machtverhältnisse „durch Ausweitung der Mitbestimmung" herbeigeführt wird. Hiermit soll eine „Umgestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft" eingeleitet werden, die die Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen beteiligt. Der Passus zu Mitbestimmung drückt in wenigen Worten aus, was alle anderen zum Teil wohltuend klingenden Formulierungen nicht vermögen, die Katze wird aus dem Sack gelassen:
1. Die Losung der 80er Jahre heißt Mitbestimmung und nicht Selbstbestimmung. Die DGB-Gewerkschaften möchten an der Macht der Kapitalisten teilhaben und zugleich für einen priviligierten Funktionärsapparat angenehme Vorstands- und Aufsichtsratssessel schaffen.
2. Die DGB-Führung versteht sich weiterhin als Selbstzweck und nicht als Mittel zum Zweck. Während nationalrevolutionäre Postulate die Herrschaft über die Großbetriebe schrittweise in die Hand der Arbeiter geben wollen (mit vollen Rechten und Pflichten(, will die DGB-Führung eine solche Arbeiterselbstverwaltung nicht. Vielleicht deshalb, weil dann der Funktionärsapparat des DGB nicht mehr die Bedeutung wie heute hat.

Zusammenfassend läßt sich zur Mitbestimmungsfrage sagen, daß die Gewerkschaften, insbesondere durch den Einfluß sozialdemokratischer Gewerkschafter, die derzeitigen Machtstrukturen im Sinne des Systems reformieren wollen, anders als etwa Ota Sik, der an den ökonomischen Machtstrukturen rüttelt, obwohl er sich auch als Reformer bezeichnet.



Arbeitskampf in den Seehäfen 1978: Bremer Hafenarbeiter stimmen ab. Im Grundsatzprogramm heißt es: „Das Streikrecht der Gewerkschaften ist unantastbar. Die Aussperrung als Willkürinstrument der Arbeitgeber ist in jeder Form verfassungswidrig und muß verboten werden."

So schön und lieb die DGB-Führung formuliert hat, solidarische Verantwortung der Gesellschaft, für das Verbot der Atomwaffen, Verwirklichung von Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit, Gleichberechtigung der Frauen, soziale Ausgestaltung usw. usf., so bitter und fade wirkt der Satz von der „gleichberechtigten Beteiligung der Arbeitnehmer", der letztenendes anzeigt, daß der DGB dem Arbeiter zumindest für die 80er Jahre keine grundsätzliche Alternative jenseits von Staats- und Privatkapitalismus anbieten möchte.

So traurig dies ist, so ist dies allerdings nicht verwunderlich. Trotz Bekenntnisses zu „internen Vielfalt", wird der DGB doch maßgebend von den SPD-Gewerkschaftsfunktionären geprägt. Trotzdem ist zuzugestehen, daß der DGB eine Reihe von neuen alternativen Impulsen setzt. In den Grundsatzforderungen werden beispielsweise eine Reihe von für die Arbeiterbewegung wichtigen Forderungen aufgestellt:

- Verbot der Aussperrung
- für gleichwertige Tätigkeit gleiches Entgelt
- Forderung nach Arbeitsgesetzbuch
- Humanisierung der Arbeit
- Verkürzung der Arbeitszeit
- Volkswirtschaftliche Rahmenplanung
- stärkere Förderung der Arbeiterkunst und -Kultur
- eigenständige Arbeits-,Sozial— und Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Durchführung von Wohnungsbauprogrammen nach dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit.

Enttäuschend ist die farblose Aussage zum Thema Umweltschutz. Eine solche schwammige Formulierung findet man noch nicht einmal im Umweltschutzprogramm der CDU. Das einzige konkrete, was man in den nur etwa dreißig Zeilen zur Ökologie findet, ist die Forderung, daß das Verursacherprinzip gilt. Gänzlich fehlt, welchen Stellenwert man sowohl Ökologie wir Ökonomie einräumt. Die Tatsache, daß schließlich der Ökonomie der Vorrang eingeräumt wird, ist der Formulierung „ die Gewinnung lebensnotwendiger Rohstoffe darf nicht an den unvermeidbaren Eingriffen ain die Umwelt scheitern" zu entnehmen. Was die DGB-Führung unter lebensnotwendig versteht, weiß man wohl am besten, wenn man sich die Prostandpunkte zum Atomprogramm der Bundesregierung durchliest. ES wird Aufgabe der fortschrittlichen Gewerkschafter sein, auch bei der Grundsatzforderung 22 (umweltschutz) die Stimme für eine alternative Umweltschutzpolitik zu erheben.

Zur nationalen Frage führt das DGB-Papier relativ wenig aus. Was ausgeführt ist, ist allerdings positiv zu bewerten. So heißt es:„ Die Gewerkschaften bekennen sich uneingeschränkt zur Selbstbestimmung der Völker, sie fordern die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk". In diesem Zusammenhang wird auch ausgeführt, daß der DGB sich gegen alle Formen der Unterdrückung wendet. Jedermann in Deutschland weiß, daß die derzeitige DGB-Führung hier lediglich ein Lippenbekenntnis ablegt und nicht etwa wie der leider viel zu früh verstorbene Rudi Dutschke den Abzug der fremden Besatzungstruppen aus Deutschland fordert. Auch hier ist es Aufgabe der progressiven Kräfte der Arbeiterschaft den DGB-Funktionärsapparat zu zwingen, auch tatsächlich gegenüber den Etablierten in Ost und West für die Verwirklichung des Selbstbestimmungrechtes zu kämpfen.

Kurzum viele gute und nützliche Einzelforderungen werden vorgelegt. Der DGB möchte die Arbeitswelt humanisieren und sucht nach Antworten auf die inflationierende Technisierung. Doch: Eine Selbstbestimmung der Arbeiter wird perspektivisch nicht angestrebt, statt dessen eben die Funktionärsmitbestimmung durch den DGB-Apparat!?!

Den Gewerkschaften im kapitalistischen System kommt eine ungeheure Verantwortung zu, die Rechte der Arbeiterbewegung zu wahren und auszubauen, ohne die Gesamtinteressen aus dem Auge zu verlieren.

Wir nationalrevolutionären Arbeiter werden uns zusammen mit anderen fortschrittlichen Kollegen dafür einsetzen, den DGB-Programmentwurf bei den Beratungen im Sinne eines humanen Sozialismus (Arbeiterselbstverwaltung), einer ökologischen Lebensgestaltung, einer dezentralisierten Wirtschaftsordnung und einer stärkeren Betonung des nationalen Freiheitskampfes zu beeinflußen.



DGB: Bürgerlicher Sozialdemokratismus oder humaner Sozialismus?

Walter Hohenstein

Die Palästinensische Befreiungsorganisation

Widerstand vor 1948

Seit Beginn dieses Jahrhunderts haben die Palästinenser Widerstand geleistet; zunächst gegen die Türken, dann gegen die Briten und die Zionisten. Von 1919 bis 1948 war der Widerstand defensiv: Die palästinensische Bevölkerung verteidigte ihre Rechte auf Selbstbestimmung, ihr Recht in ihrer Heimat zu leben und kämpfte dagegen, daß ihr ein jüdischer Staat aufgezwungen werden sollte. Delegationen, Demonstrationen, politische Streiks und Wahlboykotts waren die häufigsten Kampfformen während der britischen Mandatsherrschaft. Sie gipfelten in der Revolution von 1936 bis 1939, die von den Briten brutal niedergeschlagen wurde. Zu keiner Zeit wurde dem palästinensischen Volk gestattet, eigene Institutionen aufzubauen. Alle politischen Programme, die die Palästinenser seit 1919 aufgestellt haben, fordern mit einer bemerkenswerten Konsequenz, eine nationale, demokratische Regierung für Juden, Moslems und Christen.

Widerstand seit 1948

Nach ihrer Vertreibung vertrauten die Palästinenser eine Zeitlang auf die Verwirklichung der UNO-Resolution 194, in der die Rückkehr der Flüchtlinge gefordert wird. Seit Beginn der 50er Jahre gab es einige Fedaijin-Angriffe auf das besetzte Palästina, ausgehend vom Gaza-Streifen. Zahlreiche Palästinenser organisierten sich in verschiedenen arabischen Parteien in der Absicht, für die Befreiung Palästinas zu kämpfen. Nach dem Suez-Krieg wurde die palästinensische Befreiungsbewegung Al-Fatah gegründet und begann, ihr politisches Programm auszuarbeiten. Als der Gedanke des bewaffneten Kampfes sich verbreitete, gründete die arabische Liga 1964 die paläsinensische Befreiungsorganisation PLO mit einer traditionellen Armee. Ab 1.Januar 1965 trieb Al-Fatah den bewaffneten Kampf voran, und seitdem wurden Kommandounternehmen gegen militärische Ziele im besetzten Palästina durchgeführt. Auch andere palästinensische Gruppen begannen den bewaffneten Kampf.

Auf der 4.Tagung des palästinensischen Nationalrates von 1968 wurde die PLO reformiert: Diejenigen Gruppen, die Kommandounternehmen durchführten, wurden Mitglieder der PLO, die Charta der PLO wurde revidiert, ein politisches Programm wurde verabschiedet, und die palästinensische Befreiungsarmee (PLA) erhielt eine Abteilung, die am Guerilla-Kampf teilnahm.

Auf dem 5.Nationalrat erlangten die kämpfenden Organisationen die Mehrheit in der PLO. Jassir Ar fat ist seitdem Vorsitzender des Exekutiv-Kommitees. Damit wurde die PLO die unabhängige Vertretung des palästinensischen Volkes und Dachorganisation für alle politischen, militärischen und sozialen Einrichtungen.

Das Ziel der palästinensischen Revolution formulierte die PLO wie folgt:
„Wir kämpfen heute, um das neue Palästina von morgen zu schaffen, ein fortschrittliches und demokratisches Palästina, in dem Christen, Moslems und Juden friedlich leben, arbeiten, ihre Religion praktizieren und dabei gleiche Rechte genießen werden".



Die wichtigsten Institutionen der PLO

Der Nationalrat

Der Nationalrat ist die wichtigste Institution innerhalb der PLO; er entspricht dem Parlament der Palästinenser. Die Mitglieder werden von einem Komitee, das von dem vorangehenden Nationalrat nach eingehenden Konsultationen zwischen dem Komitee und den Kommandoorganisationen, den palästinensischen Vereinigungen und den Gewerkschaften, sowie einzelnen führenden Palästinensern aus allen Lebensbereichen, ernannt. Das Ziel ist, eine Sitzverteilung zu gewährleisten, die so gut wie möglich alle palästinensischen Parteien, d.h. alle politischen Flügel der Kommandoorganisationen und Einzelpersonen berücksichtigt. Der Nationalrat hat zur Zeit ca. 300 Mitglieder.

Das Exekutivkomitee

Der Nationalrat wählt aus seinen Mitgliedern das palästinensische „Kabinett", das PLO-Exekutivkomitee. Die Mitglieder des Komitees wählen ihrerseits den Vorsitzenden. Das Exekutivkomitee tagt ständig. Es ist gegenüber dem Nationalrat für die Durchführung der politischen Entscheidungen, Pläne und Programme, die vom Nationalrat erarbeitet werden, verantwortlich. Die Zahl der Mitglieder des Komitees wurde in Artikel 14 der Verfassung auf maximal 15 – einschließlich Vorsitzenden – festgelegt. Jedes Mitglied besitzt, wie Kabinettsmitglieder, sein eigenes Ressort, unter anderem: Auswärtige Angelegenheiten, Information, Besetzte Gebiete, Erziehung, Kultur, Verteidigung, Massenorganisationen.

Der Nationalfond

Der Palästinensische Nationalfond finanziert die Aktivitäten der PLO und bezieht seine Einkünfte aus einer 5%igen Steuer, die die Palästinenser bezahlen sowie aus finanziellen Zuwendungen von arabischen Regierungen und befreundeten Nationen.

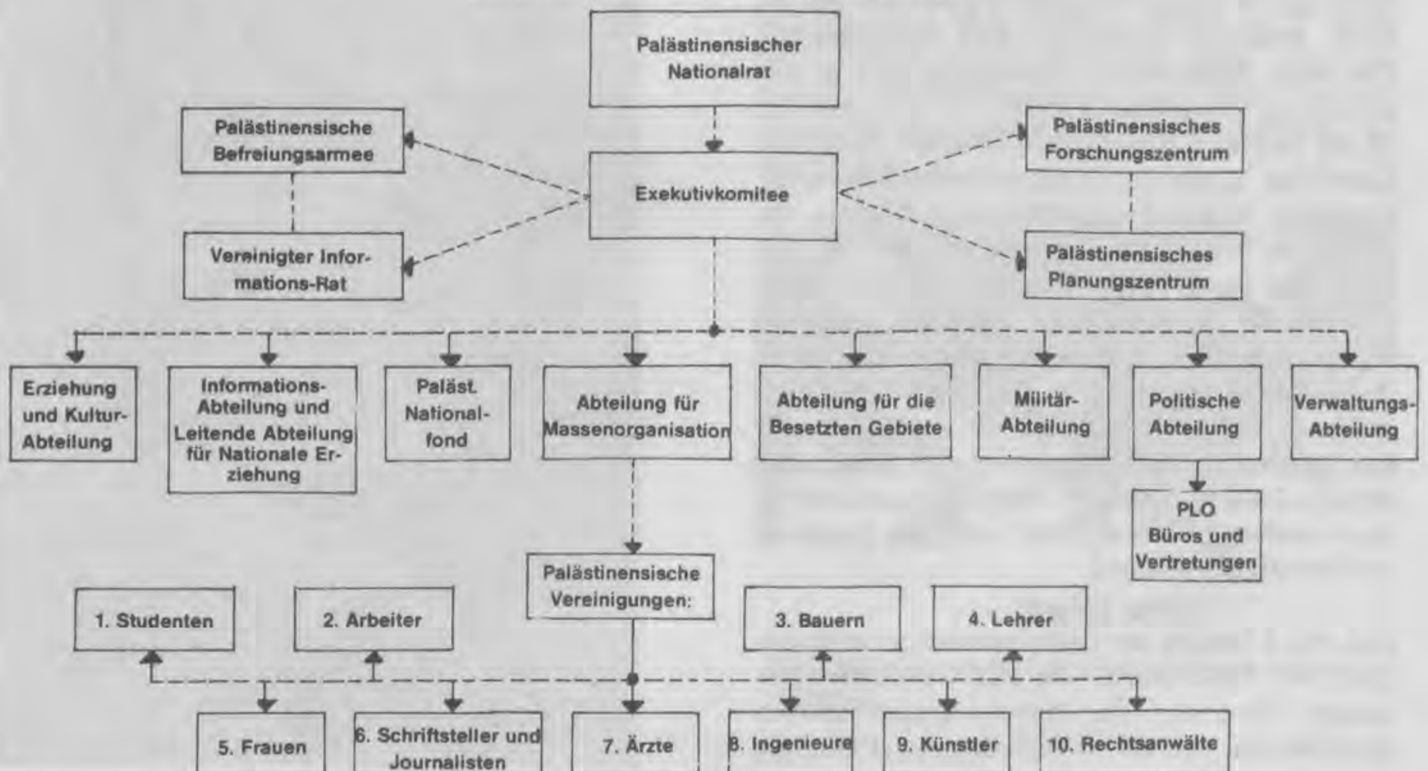
Die Palästinensische Befreiungsarmee

Die PLO unterhält eine reguläre militärische Streitmacht, die unter dem Namen Palästinensische Befreiungsarmee bekannt ist. Sie wurde in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des ersten Nationalrates errichtet, die die Bildung militärischer Sondereinheiten in koordinierter Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Arabischen Oberkommando, vorsahen.

„Warum soll ich nicht träumen und hoffen, Herr Präsident, die Revolution ist zugleich Schöpfung und Verwirklichung von Träumen und Hoffnungen. Laßt uns Traum und Hoffnug miteinander verwirklichen, daß ich mit meinem Volk aus der Verbannung zurückkehren kann und wir gemeinsam mit diesem jüdischen Kämpfer und seinen Kameraden, gemeinsam mit diesem christlichen Erzbischof und seine Brüdern in ein und demselben demokratischen progresseiven Staat, in dem Christ, Jude und Moslem unter gleichen Rechten, in Gerechtigkeit und Brüderlichkeit miteinander leben können."

Jassir Arafat vor der UNO am 13.November 1974

DIE ORGANISATIONSSTRUKTUR DER PLO



Im Elsass wächst die Enttäuschung....

Seit vielen langen Jahren bereits strapaziert die französische Regierung die Geduld der elsässischen Bevölkerung. Der berüchtigte Zentralismus Frankreichs hat darüberhinaus im ganzen Staat viel Verbitterung hervorgerufen. Schon lange gibt es besonders unter Bretonen, Korsen, Okzitanen, aber auch bei Basken, Katalanen, Flamen und Elsässern Widerstand gegen die Unterdrückung von Selbstbestimmung und kultureller Identität durch den französischen Zentralstaat. Sogar in den französischen Regionen selbst, also nicht nur in den Gebieten der nationalen Minderheiten, wächst der Unmut über den krassen Mangel an Demokratie, über die Verweigerung von politischer Mitbestimmung der Menschen an der Basis der Gesellschaft.

Der Regionalismus im Elsaß ist bisher eine verhältnismäßig sanfte Bewegung gewesen. Und doch läßt sich ein Ansteigen der Aktivitäten beobachten, zunehmender Unwille, der den Widerstand der Elsässer stärkt. Es geht vor allem um die Sprache der Elsässer: Elsässerdeutsch, einem alemannischen Dialekt, und die Schriftsprache des Dialekts: Hochdeutsch.

Gerade in den letzten Jahren haben sich die Forderungen nach Zweisprachigkeit gehäuft. In Weißenburg, Zabern und Colmar fanden verschiedene Veranstaltungen zu diesem Thema statt. Die Abgeordneten in den elsässischen Generakräten der beiden elsässischen Departements forderten Maßnahmen zur Unterstützung des Dialekts. Die „Gesellschaft für das Recht des Dialeksts im Kindergarten", gebildet von vielen kulturellen Organisationen im Elsaß, allen voran vom Rene–Schickele–Kreis, kämpft für die Zulassung des Dialekts im Kindergarten. Die staatliche Schulverwaltung ignorierte bisher alle Forderungen, den Kindern im Kindergarten den Gebrauch der Muttersprache zu erlauben. Gerade die vorschulartigen Kindergärten („ecoles maternelles") dienen dem französischen Staat dazu, den Kindern das Elsässerdeutsch auszutreiben und ihnen die Staatssprache Französisch aufzupfropfen; von klein auf sollen die Elsässer nichts anderes sprechen dürfen als die Sprache der Macht, die ihre Heimat kolonisiert. Nichts zeigt deutlicher den kolonialistischen und menschenfeindlichen Charakter der französischen Politik im Elsaß als das Beispiel der KIndergärten. Seit 1972 besteht durch die „Holderlith-Reform" die Möglichkeit, in der Grundschule das Fach Deutsch zu belegen. Das ist ein ropfen auf den heißen Stein. Deswegen fordert die Lehrergewerkschaft im Elsaß, den Dialekt noch mehr zu fördern.

Zu Anfang dieses Jahres richteten mehr als 50 Dichter, Schriftsteller, Universitätsprofessoren und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Elsaß einen Apell an die elsässischen Abgeordneten in Paris, der in der Zeitung „Der neue Elsässer" veröffentlicht wurde. Darin wird ein „offizieller Status" für die „Regionalsprache mit ihren zwei Komponenten" Elsässerdeutsch und Hochdeutsch gefordert, es ist von einer „Kulturkatastrophe" die Rede und daß die „Verschleppungsmanöver in Kommissionen" ein Ende haben müßten. Weiter heißt es, es bestehe die „Gefahr der Radikalisierung des elsässischen Regionalismus" und wenn die Enttäuschung der Elsässer zu weit getrieben würde, sei die Zeit der Gewaltanwendung gekommen. Der Appell hebt hervor, daß es um die elsässische Art gehe, Franzosen und Europäer zu sein. Dieser Appell ist bezeichnend für den elsässischen Regionalismus. Es ist nicht das Ziel der Elsässer, sich von Frankreich loszulösen, schon gar nicht, um Bundesland der BRD zu werden. Die Elsässer wollen Autonomie innerhalb des französischen Staates. Sie sind nicht antifranzösisch eingestellt. Antifranzösische Hetze und „Heim-ins-Reich-Parolen" sind den Faschisten im Elsaß um das Blatt „Elsa" vorbehalten. Die elsässischen Regionalisten kämpfen dafür, daß neben dem Französischen der Dialekt ihrer Heimat mit seiner deutschen Hochsprache Anerkennung findet. Des weiteren kämpfen sie für Möglichkeiten der Selbstverwaltung, um Herren ihrer Heimat sein und die Entwicklung das Elsaß mitbestimmen zu können. Hinzu kommt vielerorts der Kampf für ökologische Ziele. Der elsässische Regionalismus hat also drei Seiten: eine kulturelle (gegen den Kolonialismus des Zentralstaates, für die Muttersprache), eine demokratische (für Selbstverwaltung) und eine ökologische (z.B. Fessenheim).

Die Elsässer stehen bei ihren Bestrebungen und Kämpfen nicht allein da. In ganz West- und Mitteleuropa wächst der regionalistische Widerstand. Das Problem kultureller und damit sowohl regionaler wie nationaler Identität steht auf der Tagesordnung.

Jürgen Rott

HANS SCHEIBNER

WAS IN ACHTERNDIEK

IN DER NACHT GESCHIEHT

Einer der bemerkeneswerten westdeutschen Liedermacher heißt Hans Scheibner.Hans Scheibner, der Norddeutsche, Jahrgang 1936, nimmt in seinen satirischen Liedern die bundesdeutschen Verhältnisse aufs Korn, die Plastikgesellschaft, die Betonklötze, die fehlende menschliche Wärme. Die Spannweite seiner Ausdrucksmittel reicht vom bitteren Sarkasmus bis zum verrückten Wortspiel und zum komisch-traurigen Liebeslied. Böse und doch tröstlich sind seine Lieder - denn hier ist ein wahrer Humorist am Werke, der sich selbst nicht ausnehmen kann, wenn er die Unzulänglichkeiten dieser Welt und ihrer Insassen besingt.

In der Zeit von 1972 bis 1975 veröffentlichte er drei Bändchen ‚Läster-Lyrik' (Herr ES, stark auf sein Innen achtend; wenn die Nachtigal schlägt; Spott zum Gruße), die ihn als scharfsinnig-humorvollen Satiriker von hohem Sprachniveau bekanntmachen. Hiernach beginnt er kritische Lieder zu texten und zu singen (Ich mag so gern am Fließband stehn), schließlich beweist er seinen doppelbödigen Humor mit zwei ungewöhnlichen LPs (Wenn die Nachtigall zuschlägt und Scheußlich, wie die Drossel singt).

In seiner LP ‚Was in Achterndiek in der Nacht geschieht' erzählt Hans Scheibner das Märchen vom Fischer und seiner Frau. Der Bürgermeister von Achterndiek findet einen Fisch der sprechen kann und der die Wünsche des Bürgermeisters realisieren will, zuerst einen Autobahnzubringer, Parkplätze, neumodische Bungalows und und.... schließlich wird sich Industrie gewünscht und endlich ist es aus mit dem Fisch - radioaktiv verseucht, doch dies gibts ja nur in Achterndiek meint Hans Scheibner, oder etwa nicht?

Des weiteren schildert Hans Scheibner bissig ironisch die ökologische Lage der Elbe, eingepackt in ein Liebeslied. Unter dem Motto ‚Sie wohnt auf dem Mond' berichtet er über die Schwierigkeit in einer Hochhauslandschaft seine Freundin zu finden. Erst kamen die roten Balkons, dann die grünen und dann die blauen... Unter dem Motto ‚Nichts wie ran', nimmt Lästerhans die kinderfeindliche BRD-Gesellschaft aufs Korn. In Tante Emma ihrem Laden findet er dann doch etwas Geborgenheit. Kurzum Scheibner versteht es, Probleme, kleine und große zu erkennen und satirische Lieder daraus zu machen.

Hans Scheibner, der Nonkonformist paßt nicht in jenes ‚Rechts-Links-Schema' der Etablierten. Vom reaktionären Liedermacher Knesel hält er ebensowenig wie von seinem Kollegen, dem DKP-Sänger Hannes Wader, den er just als Hans Wacker bezeichnet und über den er sich in seiner satirischen Platte ‚Heiliger Marx' spöttisch-ironisch ausläßt.



Hans Scheibners LP, die er zusammen mit seinem Freund und Mitkomponisten Berry Sarluis (Jahrgang 46, geb. Niederländer) herausgibt, ist bei Phillips unter der NR. 6305 307 erschienen und gehört auf den Plattenteller jedes undogmatischen Sozialisten und Ökologen.



DIE NÄCHTE SOLLTEN NICHT WIE DIE TAGE SEIN

Texte von Michael Leisching in und für Deutschland

WIR SELBST möchte einen jungen Autor vorstellen, einen ehemaligen DDR-Häftling, der anders als Bahro und Hübner sich nicht vermarkten lassen will, weil er in Opposition zu den Besatzungssystemen in Deutschland steht. Michael Leisching orientiert seine Texte „ in und für Deutschland" an seinem persönlichen Lebenslauf. Der Autor wurde wurde 1954 in Wilkau-Hasslau/DDR geboren. Er wurde nach der Relegierung von einer erweiterten Oberschule wegen „Auflehnung gegen das Lehrplanwerk der DDR", dem Bruch mit dem Elternhaus und mehreren Hilfsarbeitertätigkeiten im Jahre 1975 inhaftiert und wegen „staatsfeindlicher Hetze" = Verbreitung eigener - und anderer „staatsfeindlicher" Schriften zu einer Freiheitsstrafe von 3 1/2 Jahren verurteilt.

Nach zwei Jahren der Verbüßung im Zuchthaus Cottbus wurde er in die BRD abgeschoben. Der Autor lebt seither in Berlin (West).

Leischings Texte in und für Deutschland sind der Versuch, Auskunft zu geben über die deutsch-deutschen Verhältnisse. Es ist der Versuch, mit dieser Veröffentlichung politisch engagierte Inhalte mit der entsprechenden literarischen Form zu verbinden. Die Texte sind als Denkanstöße gedacht, um die eigene Einstellung zu den „deutschen Verhältnissen" zu überprüfen und neue Gesichtspunkte aufzugreifen.

Michael Leischings Texte wurden kürzlich vom AHDE-Verlag veröffentlicht, in der Form eines Taschenbuches. WIR SELBST veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung des Autors einige seiner Texte.

EXIL

lange schon
hatte ich keinen Besuch mehr empfangen
- im gefängnis -
wußte schon nicht mehr -
wie die menschen sind - ob sie sind - jenseits.
da kam ein „jemand" zu mir,
den ich kannte noch aus früheren
zeiten - ein gleichgesinnter gewissermaßen.
er musterte mich
hinter der scheibe
sprach von geld, erbschaft und manch anderem!
ich fragte nach freunden,
genossen und was geworden sei,
aus den ideen.
erentgegnete,
das interessiere ihn nun nicht mehr,
und überhaupt wüßte er nicht, was ich hier wolle!
die anderen würden lachen! (wer sind die anderen?)
er aber liege bei seiner frau-
abends
und sei ganz zufrieden mit sich!
dazu noch folgendes:
es ist nicht wesentlich,
wo man lebt -
sondern vielmehr wofür!

ddr - KONKRET (1978)

mein dreiundzwanzigster geburtstag:
die karte mit den grüßen
meiner großmuter -

sie wünsche mir alles gute (was das wohl ist?)
und viel gesundheit
und daß ich bald wieder in freiheit
sein müsse (wem sagt sie das?) –
also bei ihr-

und außerdem:
- daß ich doch endlich lassen solle-
    von der politik
        der literatur
          doch endlich geld verdienen solle!
das andere bringe nichts ein!

plötzlich
bemächtigte sich eine uniform
der karte -
zu vernichten die blumen
auf ihr!

jetzt wißt ihr,
was das für Menschen sind-
und du, armes großmütterchen-

warum ich nicht
von der sache lassen kann.

LESERBRIEFE

Die WIR SELBST- Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

GRÜNE BEWEGUNG

Die Grünen sind die Chance einer Alternativbewegung mit einer breiten, lernbereiten und aktionswilligen Basis. Es ist uninteressant, ob wir mit diesem oder jenem Programmpunkt übereinstimmen. Interessant ist die Bewegung zu etwas Neuen, interessant sind die Menschen. Diese Bewegung darf nicht in die Hände von Dogmatikern fallen, denn sie ist auch unsere Chance. In Karlsruhe waren sieben Leute aus der NR-Szene vertreten, vier Delegierte, zwei Ersatzdelegierte, zwei Pressevertreter. Das ist entschieden zu wenig! Wollt Ihr weiter in Eurem eigenen Saft schmoren, weiter Euer eigenes Häuschen bestellen, wollt Ihr die große Chance vorbeigehen lassen, dort Eure eigenen Ideen einzubringen? - Dies hat Bahro den Leuten auf dem Alternativkongreß zugerufen, die alles oder nichts wollten. Das muß man auch unseren Freunden zurufen. Ohne unser Zutun haben die Fraktionskämpfe begonnen. Noch kann die Sache gerettet werden, noch kann verhindert werden, daß sich wie schon so oft viele Idealisten, ganze Jahrgänge enttäuscht seitwärts in die Büsche schlagen und nie wieder gesehen werden. Also - rein in die Grünen, Einfluß nehmen, ein Aktivist kann viele Zaudernde mitreißen, um Delegiertenplätze kämpfen, sonst als Gast auf den nächsten Parteitag, zurücktreten, wenn man getreten wird, um den einzelnen Kommunisten werben, seine Führer bekämpfen, aufklären über die bürgerlichen Opportunisten. Vor allem - keine Zeit verlieren, bis zum 31. März soll der nächste Parteitag laufen. Vor uns liegt die wichtigste Aufgabe des Jahres 1980..

Klaus Dieter L., Darmstadt

Zu Ihrem Kommentar: Die GRÜNEN stehen für jedermann offen, der sich an die Spielregeln hält, damit eine politische Arbeit möglich ist. Ganz konkret: Mitglied der Landespartei DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz kann nur werden, wer (mit großer Mehrheit verabschiedete Satzungsänderung, an der ich nicht ganz unschuldig bin) in keiner Partei oder politischen Vereinigung ist, die den Zielen der Partei entgegensteht. Die Praxis zeigt, daß Alternative, Bunte, etc...die politische Arbeit auf Versammlungen sehr erschweren können und dafür sorgen, daß DIE GRÜNEN gegenüber der Öffentlichkeit in ein falsches Bild gerückt werden. Von diesen sogenannten Freunden müssen wir uns trennen, wenn wir die 5% schaffen wollen.

B.R., Speicher
Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Bitburg-Prüm-Daun DIE GRÜNEN

Betreff: Interview mit Olaf Dinne

Olaf Dinne kann man wohl zu seinem gesunden Menschenverstand gratulieren, wenn wir noch mehr Olaf Dinne's in unseren Parlamenten sitzen hätten würde die grüne Sache siegen. Schade ist, daß er sich noch nicht mit der nationalen Frage beschäftigt hat.

N.K. Mutterstadt

Direkte Demokratie in der Jamahiria

Endlich einmal ein Beitrag der sich mit dem basisdemokratischen Aufbau beschäftigt. Basisdemokratie ist ja jetzt ein großes Modewort geworden, doch fehlen häufig Inhalte, die diese Worthüls ausfüllen. Ibn al Fatek gebührt der Verdienst, dies getan zu haben, an Hand des Beispieles Libyen. In diesem Sinne weiter so mit der grünen Bewegung in den islamischen Staaten und bei uns.

Axel H., Koblenz

Was wollen Sie mit dem Expose des Herrn Fateh ausdrükken? Soll das eine neue Aera geben? Der „Vollkommene und absolute Souverän", die nicht übertragbare Souveränität? wie geht das? Offenbar doch nur „über Vorsitzende der Volkskomiteen" — Volkskomiteen unterstehen einem Kongress — wie das? unterstehende Souveräne? — — Alle regieren ständig, so muß das ja wohl werden und die unsinnige Arbeit, die dann doch irgendwie fürs Leben notwendiger Weise getan werden muß, die machen dann Automaten (die sind noch keine Souveräne) und vielleicht die bestrafungswürdigen Restunternehmer?

E.Z., Bad Kreuznach

Zur sachlichen Richtigstellung: In der Sozialistischen Libyschen Volksdschamahiria wird das Volk in seiner Gesamtheit in Volkskongresse untergliedert, die jeweils aus ihren Reihen ein Volkskomitee wählen. Dieses Komitee untersteht dem Volkskongress, ist dem Volkskongress jederzeit rechenschaftspflichtig und hat die Entscheidungen der Volkskongresse auszuführen. Somit untersteht das Volkskomitee direkt dem Volk. Das Volk selbst ist der Souverän! Und so sollte es doch wohl auch sein. Oder?
Die Redaktion

Vielen Dank für die Zusendung der Dezember-Ausgabe von WIR SELBST. Ich abonniere Eurere Zeitschrift ab Januar 80. Bitte schickt mir noch ältere Ausgaben auf Rechnung zu.
C.D. Köln

Redaktion: Vielen Dank für Dein Abo. Ältere Ausgaben können wir Dir nicht liefern, da wir erst seit Dezember 1979 mit WIR SELBST das Manipulationskartell von Bild, Stern, Spiegel..... anknappern

DIE HÖHE UNSERER GEGENGEWALT BESTIMMT SICH DURCH DAS MASS DER REPRESSIVEN GEWALT DER HERRSCHENDEN

RUDI DUTSCHKE